



Städte **Partnerschaften**

ENTWICKELN

LEBEN

AUSBAUEN

FINANZIEREN

KOOPERATIONSPROJEKT DES MINISTERS FÜR BUNDESANGELEGENHEITEN, EUROPA
UND MEDIEN DES LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN, DES EUROPAZENTRUMS
NORDRHEIN-WESTFALEN SOWIE DER AUSLANDSGESELLSCHAFT DEUTSCHLAND E.V.

Leitung des Projekts . Staatsminister a. D. Wolfram Kuschke

Bearbeiter . Dr. Kai Pfundheller

Mitarbeit . Prof. Dr. Uwe Andersen . Sigmar Fischer . Marc Frese . Prof. Dr. Dr. h.c. Wichard Woyke

Gestaltung . Marc Guddorp . neu.designstuebchen.de

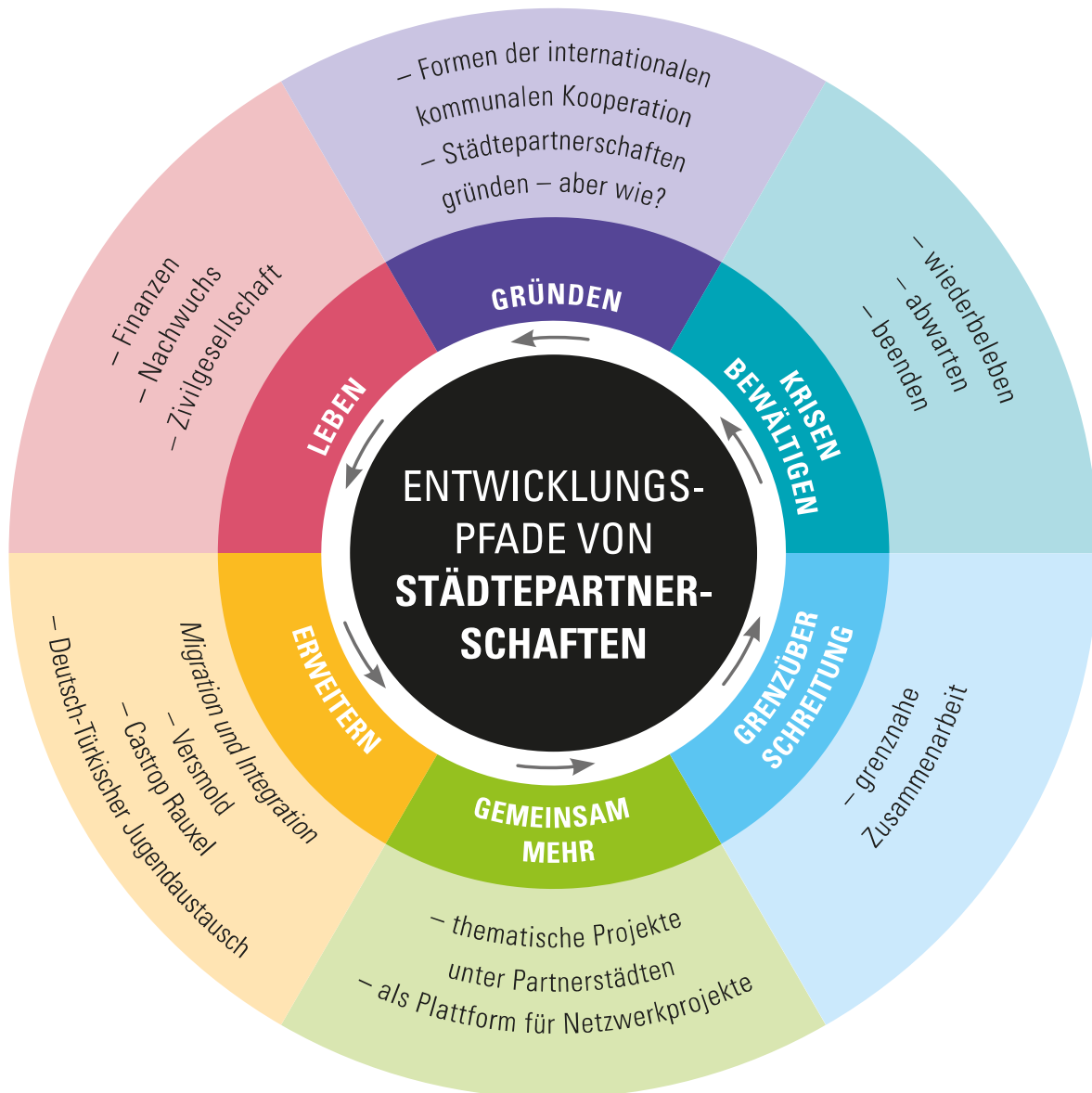
INHALT

Einleitung

2

1.	Gründen	6
2.	Leben	12
3.	Erweitern	38
4.	Gemeinsam Mehr	44
5.	Grenzüberschreitung	54
6.	Krisen bewältigen	59

EINFÜHRUNG



Die Europaarbeit der Kommunen wird zunehmend wichtiger. Immer mehr kommunale Aufgaben- oder Zuständigkeitsbereiche werden von der europäischen Politik beeinflusst. Diese Entwicklung erfordert von den Kommunen einen Wandel, sie müssen sich mit dem Thema Europa auseinandersetzen und sich einmischen. Städtepartnerschaften der Kommunen sind dabei das konkrete Mittel für die Kommune, sich europapolitisch zu engagieren. Städtepartnerschaften bilden das Zentrum der internationalen Aktivitäten der Kommunen in Nordrhein-Westfalen (NRW), fast 90% aller Partnerschaften sind in der Europäischen Union beheimatet. Städtepartnerschaften durchleben einen ständigen Wandel ihrer Ausformung, die Arbeit wandelt sich zunehmend in Richtung von Netzwerken, Projekt-, oder Themenpartnerschaften.

Das Ziel dieser Broschüre ist es, aus dem reichhaltigen Erfahrungsschatz nordrhein-westfälischer Kommunen in der Städtepartnerschafts- und Europaarbeit neue Möglichkeiten für die Kommunen aufzuzeigen.

Die Broschüre gliedert sich dabei nach den Entwicklungspfaden einer Partnerschaft. Vom Gründen über das Leben bis hin zu der Frage, wie man Krisen innerhalb von Städtepartnerschaften bewältigt, reicht das Spektrum. Sie soll Anregungen vermitteln für die eigene Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften bzw. der internationalen Zusammenarbeit vor Ort. Sie geht dabei praxisorientiert vor und zeigt gute Beispiele von Kommunen in NRW, die unterschiedliche Herausforderungen auf mannigfache Art und Weise lösen.

Über kurze Darstellungen, Interviews oder Checklisten werden anhand konkreter Beispiele von Kommunen in NRW Wege zur Weiterentwicklung für die eigene Arbeit aufgezeigt.

Dabei haben wir bei den Beispielen bewusst auf „große Leuchttürme“ verzichtet. Dies war der Überlegung geschuldet, die unterschiedliche Leistungsfähigkeit von Kommunen zu gewichten und insbesondere die Anstrengungen der kleineren Kommunen zu ergänzen bzw. auch zu würdigen. Denn diese Beispiele sollen Mut machen, sich in der interkommunalen europäischen Kooperation zu engagieren.

Dabei konnte das Europazentrum auf verschiedene Untersuchungen zu Städtepartnerschaften oder anderen Formen der internationalen Kooperation von Kommunen sowie der Europäischen Bürger- und Zivilgesellschaft zurückgreifen, die einzelnen Studien dazu finden Sie hier: www.europa-zentrum-nrw.de/auslandsgesellschaft_d_pro.html. Der Link sei Ihnen zudem empfohlen, wenn Sie sich vertiefter mit einem Beispiel auseinandersetzen möchten. Dort haben wir auch den aktuellen Projektbericht veröffentlicht, der die Möglichkeit bietet, sich stärker mit einem Thema oder aber einem in der Broschüre dargestellten Beispiel zu beschäftigen.

Die Broschüre erhebt dabei nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, viel eher soll sie Impulse liefern, die die eigene Arbeit vor Ort bereichern. Nur aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird in dieser Studie auf doppelte feminine und maskuline Bezeichnungen verzichtet. Überall, wo die maskuline Form verwendet wird, ist in den entsprechenden Fällen auch die feminine Form eingeschlossen.

GRUSSWORT DES MINISTERS
FÜR BUNDESANGELEGENHEITEN,
EUROPA UND MEDIEN DES
LANDES NORDRHEIN-WESTFALEN
UND CHEF DER STAATSKANZLEI
FRANZ-JOSEF LERSCH-MENSE

Franz-Josef Lersch-Mense

Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen
und Chef der Staatskanzlei



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir sind überzeugt: Wenn Menschen mit Menschen reden, werden Vorurteile und Grenzen überwunden. Nordrhein-Westfalen ist traditionell ein tolerantes, international vernetztes und weltoffenes Land.

Einen großen Anteil daran haben die rund 800 Städtepartnerschaften hier bei uns. Viele Ehrenamtliche engagieren sich in ihrer Freizeit und auch finanziell in Städtepartnerschaftsvereinen. Auch unsere Gemeinde- und Stadtverwaltungen machen mit, indem sie von sich aus Partnerschaften eingehen oder Vereine unterstützen. Der Austausch zwischen den Partnerschaftskommunen trägt erheblich zu erlebten und belebenden Begegnungen der Menschen, der Bürgerinnen und Bürger, bei.

Die Unterstützung der kommunalen Städtepartnerschaftsarbeit ist daher ein wichtiger Pfeiler der Europaarbeit der Landesregierung.

Dabei wissen wir, dass es gar nicht so einfach ist, geeignete Städte- oder Gemeindepartner zu finden, eine einmal geschlossene auf Dauer angelegte Partnerschaft lebendig zu halten oder auch einmal eingeschlafenes Interesse wieder zu wecken. Auch Generationswechsel und mangelnde finanzielle Möglichkeiten stellen die Vereine nicht selten vor Herausforderungen.

Hier setzt die vorliegende Broschüre an: Sie möchte über all das informieren, was Städtepartnerschaft ausmacht. Sie ist eine hilfreiche Handreichung für alle, die nicht so recht wissen, was in einer bestimmten Phase der Partnerschaftsarbeit zu tun ist. Sie gibt praktische Tipps und teilt Erfahrungen und Ideen.

Den Menschen, die sich in Partnerschaftsvereinen und Kommunalverwaltungen engagieren, gilt mein herzlicher Dank – ist doch ihr Beitrag immer auch ein Stück Völkerverständigung.

Franz-Josef Lersch-Mense

1. GRÜNDEN



Verschiedene Möglichkeiten stehen einer Kommune offen, die sich international oder europäisch engagieren möchte. Die Städtepartnerschaft ist ein möglicher Weg neben der Projektpartnerschaft oder dem Anschluss an ein bestehendes Netzwerk. Dieses Kapitel möchte Ihnen dabei helfen, für ihre Kommune den passenden Weg zu wählen und Fallstricke vor einem langfristigen Engagement zu umgehen. In einem ersten Schritt stellen wir Ihnen die verschiedenen institutionellen Formen dar, wie sich eine Kommune international engagieren kann. Dabei liegt der Fokus auf den Vor- und Nachteilen der entsprechenden Instrumente – sprich mit welchem Mittel werden welche Ziele am besten verfolgt? In einem nächsten Schritt werden die besonderen Fallstricke bei der Gründung von Städtepartnerschaften dargestellt und ein best-practice-Modell für die Gründung von Städtepartnerschaften erläutert.

FORMEN DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

Das am meisten verbreitete Instrument ist die Städtepartnerschaft. Daneben etablieren sich allerdings auch neue Formen, etwa die Projektpartnerschaft. Gleichzeitig ist aber auch die Mitarbeit in einem internationalen bzw. europäischen Netzwerk möglich, indem man entweder selbst ein Städtenetzwerk initiiert oder aber einem bereits bestehenden

© fotolia / motorradcbr





© fotolia / takasu

Netzwerk beitrifft. Netzwerke verschiedener Kommunen können dauerhaft oder projektbezogen sein. Sehr oft entwickelt sich jedoch aus einer Projektarbeit eine langfristige Zusammenarbeit, die in einer Städtepartnerschaft mündet. Daher sind die verschiedenen Formen der Zusammenarbeit nicht scharf voneinander zu trennen, sondern überlappen sich. So kann man auch mit seinen Städtepartnern gemeinsam einem bestehenden Netzwerk beitreten, um so die Aktivitäten zwischen beiden Kommunen inhaltlich zu erweitern. Im Folgenden stellen wir die prägenden Kennzeichen dieser unterschiedlichen (institutionellen) Formen vor.

STÄDTEPARTNERSCHAFT

Eine Städtepartnerschaft ist eine förmliche, zeitlich und sachlich nicht begrenzte Partnerschaft zwischen zwei gleichberechtigten Partnern, beruhend auf einem Partnerschaftsvertrag (Partnerschaftsurkunde). Sie steht allen gesellschaftlichen Gruppen offen, die sie durch Aktivitäten (Austausche, Begegnungen, Konferenzen u.a.m.) mit Leben füllen wollen. Es ist auch möglich, dass eine Stadt alle Städtepartner für ein thematisches Projekt gewinnt, das alle gleichermaßen interessiert.

PROJEKTPARTNERSCHAFT

Die Projektpartnerschaft ist eine zeitlich begrenzte Partnerschaft. Der Reiz besteht vor allem darin, ein einzelnes Projekt, das die eigene Stadtentwicklung vorantreibt, mit ausgesuchten Kommunen durchzuführen.

DAS LOKALE STÄDTENETZWERK

Beim lokalen Städtenetzwerk spricht eine Kommune als Initiator (des Netzwerkes) die Kommunen im Umkreis an, beispielsweise mit dem Ziel, eine thematische Konferenz zu aktuellen städtebaulichen, Umwelt- oder sozialen Themen zu initiieren. Jede teilnehmende Kommune im Umland spricht wiederum ihre eigenen Partnerstädte an, um mögliche Interessenten für eine Teilnahme zu gewinnen. Vorteil dieser Methode ist ein Potenzierungseffekt, durch den die Kommune mithilfe der umliegenden Kommunen mit einer Vielzahl anderer inländischer und ausländischer Kommunen in Kontakt treten kann. Fern ab vom internationalen Netzwerk bietet sich auch ein Austausch mit den umliegenden Kommunen über ihre Aktivitäten und Erfahrungen im Rahmen ihrer Städtepartnerschaften an.

DAS GLOBALE STÄDTENETZWERK

Beim globalen Städtenetzwerk werden nicht die umliegenden Kommunen zur Mitarbeit eingeladen, sondern die Partnerkommunen der eigenen Partnerstädte. So wird schnell eine große Zahl von Partnern aus unterschiedlichen Ländern erreicht. Kommt es hier zu einem institutionellen Zusammenschluss untereinander, d. h. es sind alle Kommunen untereinander verschwistert, spricht man von einer Ringpartnerschaft.

© fotolia / everythingpossible



DER ANSCHLUSS AN EIN BESTEHENDES NETZWERK

Es existiert eine sehr breite Palette an bestehenden Netzwerken, die bekanntesten dabei sind der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) sowie Eurocities, der Zusammenschluss europäischer Großstädte. Daneben existiert eine große Zahl von Netzwerken, die meist thematisch orientiert sind und sich ganz unterschiedlichen kommunalen Themen zuwenden. Von dem „European Network of Cities for Local Integration Policies for Migrants“ (CLIP), welches sich mit den besonderen Herausforderungen für die Stadtentwicklung durch das Thema Migration beschäftigt (vgl. www.eurofound.europa.eu), bis hin zu „Cities for Children“, welches auf die Entwicklung kinderfreundlicher Städte abzielt und versucht Rahmenbedingungen zu schaffen, die es jungen Leuten erleichtern, sich für Kinder zu entscheiden. Den meisten Netzwerken, deren Mitgliedschaft nicht per Satzung auf eine bestimmte Stadtgröße begrenzt ist, können interessierte Kommunen problemlos beitreten – häufig auch probenhalber. Ein großer Vorteil ist, dass in diesen Netzwerken funktionierende Strukturen der Zusammenarbeit existieren und nicht erst aufgebaut werden müssen.

Tipp: Ein Erfolgsfaktor für das Gelingen des Austauschs in Netzwerken ist die persönliche Komponente. Man kennt sich, dementsprechend offener kommunizieren die Einzelnen auch ihre Probleme und stellen ihre Lösungsansätze zur Diskussion. Daher darauf achten, dass die Netzwerke diesen Charakter nicht durch Überfrachtung verlieren.

Welche Form der Zusammenarbeit welche Vorteile für Ihre Kommune bieten kann, haben wir auf einem Blick in der folgenden Tabelle zusammengefasst:

Projektpartnerschaften bieten sich an für die Arbeit an einem bestimmten Thema auf bestimmte Zeit.

Städtepartnerschaften sind das Mittel der Wahl für die langfristige Partnerschaft zwischen zwei Kommunen.

Der *Anschluss an ein bestehendes Netzwerk* ist sinnvoll, wenn die Kommune an einem bestimmten Thema bzw. Sachgebiet stärker international arbeiten möchte und es zu diesem Thema ein etabliertes und offenes Netzwerk existiert. Der Vorteil besteht zudem darin, dass dort schon etablierte Instrumente der Zusammenarbeit vorhanden sind.

Beim *lokalen bzw. globalen Städtenetzwerk* besteht der Vorteil darin, dass man zu einem selbst gewählten Thema ein Netzwerk etablieren kann. Beim lokalen Netzwerk spielt die heimische Komponente eine größere Rolle, während beim globalen Netzwerk sehr schnell Kommunen aus vielen unterschiedlichen Ländern zusammenkommen. Beide Instrumente bieten sich zudem an, wenn man noch auf der Suche nach weiteren Partnern für ein EU-Projekt ist. (vgl. Finanzen).



© Stadt Mülheim a.d.R.

STÄDTEPARTNERSCHAFT – ABER WIE?

Der Trend, neue Städtepartnerschaften zu schließen, ist rückläufig. Gründe dafür sind u. a. ein Sättigungseffekt, die wachsende Skepsis im Hinblick auf neue Verpflichtungen, fehlende Finanzen oder aber die Priorisierung von Netzwerkarbeit und Projektpartnerschaften wie oben dargestellt. Dennoch ist der Wunsch nach neuen Partnerschaften in einigen Kommunen durchaus noch vorhanden. Auf dem Weg zu einer neuen Städtepartnerschaft liegen viele Fallstricke verborgen. Daher finden Sie im Folgenden einen idealtypischen Ablauf, der vor dem Abschluss mit bedacht werden sollte. Dabei folgt der Ansatz der Prämisse, dass Städtepartnerschaften nach dem Bottom-up-Ansatz abgeschlossen werden sollen. Der Abschluss einer Städtepartnerschaft sollte bei diesem Ansatz dem formulierten Wunsch vieler gesellschaftlicher Gruppen einer Kommune folgen. Der in der Vergangenheit häufiger gewählte, umgekehrte Ansatz, Städtepartnerschaften zu initiieren und danach Akteure zu finden, die diese mit Leben füllen, hat oft zu Misserfolgen geführt. Daran sollte sich auch die Anzahl der Städtepartnerschaften orientieren: *Es gibt nicht je nach Größenklasse der Kommune die richtige Anzahl von Städtepartnerschaften, sondern die Anzahl orientiert sich am Interesse der Bevölkerung, an dem Interesse an Internationalität in der Kommune und ist daher von Kommune zu Kommune sehr unterschiedlich.*

ACHTUNG: Schaut man nach Gründen für heute inaktive Städtepartnerschaften, liegen diese dafür schon in der Gründungsphase. Dabei ist es besonders in dieser Phase entscheidend, viele gesellschaftliche Gruppen sowie Bürger in den Gründungsprozess einzubeziehen.

Mit der Prämisse, dass Initiierungen von Städtepartnerschaften einem Bottom-up-Prozess folgen sollen, gilt es, die folgenden Kriterien beim Abschluss neuer Städtepartnerschaften zu bedenken:

- Welche Ziele werden mit der Städtepartnerschaft verfolgt? Gibt es gemeinsame Schnittmengen zwischen den Kommunen und tragfähige strukturelle Gemeinsamkeiten bzw. Ähnlichkeiten? Dies sollte auch vor dem Hintergrund bedacht werden, dass Städtepartnerschaften auf unbegrenzte Zeit geschlossen werden.
- Lassen sich die definierten Ziele besser mit einer Projektpartnerschaft erreichen, also mit einer Partnerschaft über einen abgesteckten Zeitraum?
- Externe Ratschläge sollten eingeholt werden, beispielsweise von Nachbarkommunen, die eine Partnerschaft in einer Region haben, in der auch die eigene Partnerkommune liegen soll. Insbesondere wenn die angedachte Städtepartnerschaft die erste für die Kommune wäre, sollten Gespräche mit Akteuren erfolgreicher Städtepartnerschaften geführt werden. Hilfreich können hier die länderspezifischen Tagungen des RGRE sein.
- Einführung eines runden Tisches in der eigenen Kommune sowie in der Partnerkommune. Zu diesem sollten Multiplikatoren (Vertreter gesellschaftlicher Gruppen, Lehrer/Direktoren der ortsansässigen Schulen, Dezernenten/Abteilungsleiter der Verwaltung, Ratsmitglieder, mindestens eins aus jeder im Rat vertretenen Fraktion, sowie weitere Multiplikatoren aus dem Bereich des gedachten Schwerpunktes der Städtepartnerschaft der Kommune) eingeladen und ihr Interesse abgefragt werden für einen Austausch.
 - So bietet es sich beispielsweise bei dem Schwerpunkt Jugend an die Vertreter einzuladen, die in der eigenen Kommune im Jugendbereich tätig sind (Vereine, Jugendzentren, Lehrer, o.a.)
- Bei positiver Rückmeldung erfolgt ein anschließender Besuch – Gegenbesuch in der ‚Partnerkommune‘ bzw. der eigenen Kommune mit den Beteiligten des runden Tisches und Treffen der dortigen entsprechenden Partner.
- Abschluss einer Städtepartnerschaft auf ‚Probe‘: Nach fünf Jahren kann die Frist verlängert oder die Partnerschaft entfristet werden. Am Ende dieses Zeitraums sollte eine Stärken-Schwächen-Analyse durchgeführt und Erfolge und Missstände aufgezeigt werden. Anhand dieser Analyse sollten weitere Maßnahmen beschlossen und diskutiert werden sowie bei strukturellem Misserfolg die weitere Zusammenarbeit beendet werden.
- Gibt es die Möglichkeit, auf Kreisebene bezüglich Städtepartnerschaften zusammenzuarbeiten? Gibt es eventuell eine Nachbargemeinde, die in der gleichen Region eine Städtepartnerschaft hat? Auf diesem Wege sind viele Projekte gemeinsam leichter zu planen. Neben dem intensiven Austauschen mit der Partnerregion ergibt sich als positiver Nebeneffekt zudem ein intensiverer Austausch mit den Nachbarkommunen im eigenen Kreis ohne Sachzwänge oder Entscheidungszwang.

2. LEBEN



FINANZEN

Städtepartnerschaften haben eine nicht zu vernachlässigende finanzielle Seite. So wirkt sich schon die Entscheidung über konkrete Städtepartnerschaften im Hinblick auf Entfernung (Reisekosten) und gegebenenfalls die verstärkte Heranziehung von Dolmetschern auf der Kostenseite aus. In erster Linie denkt man bei der Finanzierung von Städtepartnerschaften an kommunale Mittel. Zwar sind in den meisten Fällen die Kommunen die Initiatoren städtepartnerschaftlicher Kontakte gewesen und fördern diese auch finanziell, doch wird ein Großteil der benötigten Ressourcen auf anderem Wege aufgebracht. So kritisch das Thema auch diskutiert wird, bestätigen doch die meisten, dass zwar einzelne Maßnahmen auf Grund fehlender Finanzierung scheitern, nicht aber Aktivitäten an sich.

So gibt es zahlreiche Institutionen, die finanzielle Mittel für Städtepartnerschaftsbegegnungen oder Projektpartnerschaften zur Verfügung stellen. Auf Grund der Vielzahl der Möglichkeiten sollen hier Wege aufgezeigt werden, wie finanzielle Mittel akquiriert werden können. Die Aufzählung ist dabei nicht vollständig, sondern soll zur eigenen Recherche motivieren, zumal sich das Angebot ständig in Bewegung befindet. Dabei stehen folgende Finanzierungsarten im Fokus:

— Kommunale Mittel

— Fördermittel

Darüber hinaus spielt das **ehrenamtliche Engagement** eine herausgehobene Rolle, auf das im Anschluss gesondert eingegangen wird.

WICHTIG: Generell sollten Sie vor gemeinsamen Projekten die Finanzierung im Auge behalten: Welcher Partner finanziert was und wie? Dabei sollten die unterschiedlichen Finanzkräfte thematisiert und berücksichtigt werden.

KOMMUNALE MITTEL

Nach Artikel 28 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes haben die Kommunen das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft in eigener Verantwortung zu regeln. Dabei gehört die Finanzierung von Städtepartnerschaften zu den freiwilligen Selbstverwaltungsaufgaben. Es liegt nahe, dass in Zeiten verbreiteter kommunaler Finanzkrisen Ausgaben für Städtepartnerschaften vom Rat trotz ihrer bescheidenen Größenordnung besonders kritisch auf Einsparmöglichkeiten geprüft werden und in den letzten Jahren tendenziell abgesenkt worden sind. Die Wege, wie Kommunen die Städtepartnerschaften finanziell unterstützen, sind sehr unterschiedlich. Viele Kommunen mit Partnerschaftsverein(en) unterstützen diese(n) mit einer jährlichen Pauschale und finanzieren daneben noch gezielt Projekte sowie die Repräsentationsaufgaben. Einen

ganz anderen Weg geht die Kreisstadt Unna, die für jeden transparent von Zeit zu Zeit Richtlinien zur Finanzierung von Austausch auf ihrer Internetseite publiziert. Dabei erhalten Austausch von Kindern und Jugendlichen eine höhere Reisepauschale als die Austausch von Erwachsenen (www.unna.de/cms/upload/Stadtepartnerschaften/pdf_und_word_dateien/Richtlinien_2015.pdf).

FÖRDERMITTEL

Angefangen bei den Dritt-Mittel-Förderungen der Kommunen, wie den lokalen Stiftungen (z. B. die Leonard Stinnes Stiftung in Mülheim an der Ruhr) oder den Sparkassen und anderen lokalen Organisationen wie dem Rotary Club o. ä. gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, Drittmittel für Projekte in Partnerschaften zu akquirieren.

Einen ersten Überblick über die Förderprogramme und Finanzierungshilfen des Bundes, der Länder und der EU finden Sie unter www.foerderdatenbank.de

Daneben gibt es auf den verschiedenen politischen Ebenen Organisationen oder Institutionen, die finanzielle Förderungen für Austausch innerhalb von Städtepartnerschaften gewähren. Gemeinsam ist fast allen Förderprogrammen, dass Projekte gefördert werden, nicht allein Begegnungen und der Austausch. Auch werden in vielen Fällen mindestens drei Projektpartner vorausgesetzt (vgl. dazu vertieft auch → Gemeinsam mehr). Auch um die Fördermöglichkeiten zu nutzen, ist ein Umdenken in der Städtepartnerschaftsarbeit erforderlich: mehr projektorientierte thematische Zusammenarbeit und das Miteinbeziehen von weiteren Projektpartnern, die sich unter Umständen auch in den Partnerstädten der Partnerstädte finden lassen.

NATIONALE FÖRDERMÖGLICHKEITEN

Der Bund fördert auf unterschiedlichste Art und Weise Projekte und Austausch von Städtepartnerschaften. Spezialisiert auf die Förderung des Jugendaustausches sind die vom Bund mitfinanzierten Jugendwerke wie das deutsch-polnische Jugendwerk (www.dpjw.org) oder das deutsch-französische Jugendwerk (www.dfjw.org). Einen guten Überblick dazu bietet das Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit e.V. in Bonn (IPZ – www.ipz-europa.de). Bei den seltenen Partnerschaften mit Kommunen aus Entwicklungsländern sei auf die Fördermöglichkeiten des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ – www.bmz.de) hingewiesen. Zur Vertiefung dieser Thematik sei auch auf Engagement Global verwiesen (<https://www.engagement-global.de/finanzielle-foerderung.html>). Zudem fördert der Bund Projekte in verschiedenen Themenbereichen, wie aktuell im Bereich Umwelt oder Integration.

Daneben sind nationale Stiftungen ebenfalls eine Möglichkeit zur Finanzierung von Projekten innerhalb von Städtepartnerschaften.

© Stadt Dortmund /Stefanie Kleemann

Die Dortmunder Demokratietage

Die Stadt Dortmund, der Jugendring Dortmund und die Dortmunder Stiftung für Jugend und Demokratie haben aus Anlass des 70. Jahrestages des Kriegsendes und der Befreiung vom Terror des Nationalsozialismus 59 Jugendliche aus allen Partnerstädten eingeladen, um sich mit Dortmunder Jugendlichen auszutauschen und gemeinsam ein Zeichen für Frieden und Völkerverständigung zu setzen. Finanziert werden konnte dies durch vom Land NRW aufgelegte Sonderprogramme anlässlich dieses Jahrestags.



Alle Informationen zu den Tagen finden Sie unter

https://www.dortmund.de/media/downloads/pdf/Dokumentation_Demokratietage.pdf

DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Das Land Nordrhein-Westfalen fördert Städtepartnerschaften oder die Europaarbeit der Kommunen ideell wie finanziell auf vielfältige Art und Weise. Seit 2013 hebt das Land besonders aktive Kommunen durch die Auszeichnung „Europaaktive Kommunen“ heraus. Mit dem Leitprogramm zur Stärkung der Europaaktivitäten der Kommunen unterstützt die Landesregierung die Kommunen beim Ausbau oder der Entwicklung ihrer EU-Aktivitäten. Dabei erhalten die ausgezeichneten Kommunen neben dem Recht, die Bezeichnung „europaaktiv“ im Namen zu tragen, weitere Unterstützungsleistungen des Landes wie Fortbildung zu europarelevanten Themen oder aber Informationsveranstaltungen für verschiedene Zielgruppen in der Verwaltung. Nicht zuletzt sei an dieser Stelle die Europawoche erwähnt mit ihren vielfältigen Veranstaltungen im ganzen Land.

TIPP: Bis zum 27. Mai 2017 kann man sich mit einem Projekt zur Förderung von Städte- und Projektpartnerschaften bewerben: Europa bei uns Zuhause. Gefördert werden Projekte, die innovativ, wegweisend, vernetzend, öffentlichkeitswirksam und generationsübergreifend sind, mit bis zu 5000 €

>>> Wer kann sich bewerben? Alle Kommunen und Städtepartnerschaftsvereine aus NRW.

>>> Was wird gefördert? Die besten Vorschläge zum Thema Europa bei uns Zuhause.

>>> Wie wird gefördert? Ausgezahlt wird der Förderbetrag als Erstattung. Die entstandenen Kosten müssen nachgewiesen werden.

>>> Wie kann man mitmachen? Den Bewerbungsbogen sowie alle weiteren Informationen zu den Fristen und Inhalten finden Sie unter:

www.europa-bei-uns-zuhause.de

PRAXISTIPP

Auch der Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) des Landes kann zur Finanzierung von Austausch für Kinder und Jugendliche genutzt werden. Wie, das beschreibt Tilman Graf, Referent für Jugendpolitik vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW

Was ist der Kinder- und Jugendförderplan? Das Kinder- und Jugendförderungsgesetz NRW verpflichtet das Land, für jede Legislaturperiode einen Kinder- und Jugendförderplan (KJFP) aufzustellen. Dabei sollen die Ziele und Aufgaben der Kinder- und Jugendförderung auf Landesebene beschrieben sowie Näheres zur Förderung ausgeführt werden. Der KJFP ist das zentrale Instrument des Landes zur Gestaltung der Jugendpolitik. Ihm liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die außerschulische Bildung heute und zukünftig an Bedeutung gewinnt. Der aktuelle KJFP ist in zehn Förderbereiche unterteilt und umfasst ein jährliches Fördervolumen von 100.225.700 EUR.

Inwiefern ist der KJFP für Städtepartnerschaften interessant? Ein Ziel der Landesregierung ist es Jugendpolitik weiter zu internationalisieren. Aus dem Kinder- und Jugendförderplan werden daher zahlreiche Maßnahmen der internationalen Jugendbildung, z. B. Jugendaustausche gefördert. In Frage für eine Förderung kommen auch Austauschmaßnahmen kommunaler Städtepartnerschaften.

Welche Möglichkeiten der Förderung gibt es? Förderfähig sind Maßnahmen von nach § 75 SGB VIII anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe, öffentliche als auch nicht-öffentliche Träger.

An wen wenden sich Interessierte? Die beiden Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, Rheinland und Westfalen-Lippe, fungieren als KJFP-Bewilligungsbehörden. Allgemeine Auskunftersuche, Fragen zur Förderfähigkeit usw. sind je nach verbandlicher Zuständigkeit an die beiden Landesjugendämter der Landschaftsverbände zu richten.

Weitere Informationen, Antragsformulare und Kontakte zu Ansprechpartnern finden Sie auf den Internetpräsenzen der beiden Landschaftsverbände:

LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND:

www.lvr.de/de/nav_main/jugend_2/jugendfrderung/finanziellefrderung/kinder-undjugendfrderplannrw/kinderundjugendfrderplannrw_1.jsp

LANDSCHAFTSVERBAND WESTFALEN-LIPPE:

https://www.lwl.org/LWL/Jugend/Landesjugendamt/LJA/jufoe/finanzielle_hilfen2/ljpl

EUROPÄISCHE UNION

Die Europäische Union (EU) fördert über verschiedene Instrumente Projekte, die für die Europäische Gemeinschaft einen Mehrwert bedeuten und frische Ideen hervorbringen. Darunter gibt es drei Programme, die für die Städtepartnerschaftsarbeit Bedeutung haben: das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger mit einem Finanzrahmen von 186 Mio. € für den Zeitraum von 2014–2020 sowie das Programm „Erasmus +“ mit einem Gesamtbudget von 14,8 Mrd. € für den genannten Zeitraum. Seit 2014 sind die beiden Förderprogramme „Jugend in Aktion“ sowie das „Programm lebenslanges Lernen“ in das Programm „Erasmus +“ integriert. Das dritte Programm, das für Kommunen in den Grenzregionen besondere Bedeutung hat, ist das Programm der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit als Teil der Kohäsions- und Strukturpolitik. Besser bekannt ist es unter dem Begriff INTERREG (vgl. dazu vertiefend das Kapitel → Grenzüberschreitung). Die Programme wirken auf den ersten Blick für den ungeübten Leser verwirrend. Aber es gibt zu jedem dieser Programme Nationale Ansprechpartner. Zudem finden Sie hier ein Beispiel und weitere Tipps zum Umgang mit der EU-Förderung. Im Anschluss finden Sie weitergehende Literaturtipps zur Vertiefung.

EUROPA FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Für das Programm ist die Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB) Ansprechpartner. Christine Wingert, die Leiterin der Kontaktstelle hat uns in einem Interview das Programm sowie die Aufgaben der Kontaktstelle erläutert:

DAS PROGRAMM EUROPA FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER



INTERVIEW

**MIT CHRISTINE WINGERT,
LEITERIN DER KONTAKTSTELLE DEUTSCHLAND
„EUROPA FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER“**

Christine Wingert,
Leiterin der Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“

Welche Ziele verfolgt die EU mit dem Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“? Das Ziel des Programms ist es, Menschen in Europa dazu zu motivieren, sich mit der EU, ihrer Geschichte, den europäischen Werten, den Institutionen und der Politik der EU zu befassen. Es soll zu Engagement für europäische Themen anregen und Partizipation in Europa fördern.

Welche Art von Projekten mit welchen Themen wird gefördert? Das Programm ist in zwei Förderbereiche unterteilt: Förderbereich 1 betrifft das europäische Geschichtsbewusstsein und fördert die Auseinandersetzung mit wichtigen Ereignissen in der neueren Geschichte Europas, die zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und schließlich zur Entwicklung der Europäischen Union beigetragen haben. Dies ist auch für kommunale Träger wie Archive, Gedenkstätten, Museen und Kommunalverwaltungen interessant. Der Titel für Förderbereich 2 ist „Demokratisches Engagement“. Dahinter verbirgt sich unter anderem die Förderung für Bürgerbegegnungen im Rahmen von Städtepartnerschaften und für die Vernetzung von Partnerstädten.

Wie unterstützen Sie Interessenten und Antragsteller? Die KS EfBB informiert Interessenten mit ihrer Internetseite www.kontaktstelle-efbb.de und ihrem Newsletter. Außerdem bieten wir im gesamten Bundesgebiet Vorträge, Seminare sowie Antragswerkstätten an. Antragsteller beraten wir – unter Bezug auf die Auswahlkriterien der EU – hinsichtlich der Konzeption des Projekts, die in dem Antrag dargestellt werden müssen. Außerdem helfen wir bei allen inhaltlichen, formalen und auch bei einigen technischen Fragen zum dem Formular und bieten auch einen „Antragscheck“. Das heißt, die Antragsteller können uns das ausgefüllte Formular zusenden, bevor sie es an die EACEA nach Brüssel senden.

Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ (KS EfBB)
bei der Kulturpolitischen Gesellschaft e.V.

Weberstraße 59a

53113 Bonn

Tel.: 0228/201 67-32

info@kontaktstelle-efbb.de

www.kontaktstelle-efbb.de

Zwei Beispiele für Projekte, die über dieses Programm finanziert wurden, finden Sie im Kapitel „Gemeinsam mehr“.

ERASMUS +

Das Programm Erasmus + soll Kompetenzen und die Beschäftigungsfähigkeit verbessern und die Modernisierung der Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung und der Kinder- und Jugendhilfe voranbringen (*www.erasmusplus.de*). Aktuell auf Grund der politischen Lage ist die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit das vorrangige Ziel von Erasmus +. Dabei ist Erasmus + aufgeteilt in drei Bereiche (in kursiv gesetzt die Bereiche, die für Städtepartnerschaften von vorrangigem Interesse sind):

1. Allgemeine und berufliche Bildung

- a. *Schulbildung* (Comenius)
- b. Hochschulbildung (Erasmus)
- c. Internationale Hochschulbildung
- d. *Berufliche Bildung* (Leonardo da Vinci)
- e. *Erwachsenenbildung* (Grundtvig)

2. Jugend

- a. *Jugend in Aktion*

3. Sport (vor allem Breitensport)

Um die Kooperation zwischen den Bildungssektoren zu erleichtern, verlaufen quer dazu übergreifende Leitaktionen, sogenannte key actions (KA):

Leitaktion 1

Lernmobilität von Einzelpersonen

Leitaktion 2

Strategische Partnerschaften

Leitaktion 3

Unterstützung politischer Reformen

NATIONALE ANSPRECHPARTNER

Jugend für Europa (Jugendaustausch)

Godesberger Allee 142-148
53175 Bonn
www.jugendfuereuropa.de

Pädagogischer Austauschdienst der KMK

(Schulische Bildung)
Graurheindorfer Straße 157
53117 Bonn
www.kmk-pad.org

Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung für Europa

Erwachsenenbildung – Politische Bildung
Robert-Schuman-Platz 3
53175 Bonn
www.na-bibb.de

Daneben gibt es noch den DAAD, der nationale Ansprechpartner für die Universitäten und Fachhochschulen ist.

Innerhalb der Bereiche und key actions gibt es unterschiedliche Fördermöglichkeiten für Aktivitäten in Städtepartnerschaften. Im Bereich Jugend in Aktion sind beispielsweise Begegnungen von Jugendlichen aus mehreren Ländern finanzierbar. Dabei führen die Jugendlichen gemeinsam ein Programm durch, das sie im Vorfeld selbst entworfen haben.



© fotolia / Grecaud Paul

Das Programm ist zumeist ein Mix aus Workshops, Übungen, Debatten, Rollenspielen, Besichtigungen o.a. (Ein konkretes Beispiel für solch ein Projekt ist Mülheim an der Ruhr im Kapitel → Jugend).

Eine große Rolle bei Erasmus + spielt der Austausch von Lehrern und Schülern in Europa. Ein interessantes Projekt haben wir in diesem Zusammenhang in Paderborn gefunden:

SCHULBILDUNG – LEITAKTION 2:

STRATEGISCHE PARTNERSCHAFTEN WESTFALEN-KOLLEG PADERBORN

Unter der Überschrift CLOU: Chancen der Lernförderung – Orientierungshilfen und Unterstützungsmaßnahmen kooperiert das Westfalen-Kolleg mit sieben anderen europäischen Einrichtungen, um Konzepte zu entwickeln, die helfen, den Schul- und Ausbildungserfolg der nachwachsenden Generation zu vergrößern, die Abbrecherquote zu verringern und die Zahl der jungen Menschen ohne qualifizierten Schulabschluss zu minimieren. Da es von großer Bedeutung ist, Schüler in ihren individuellen Fähigkeiten zu fördern, ihre Schlüsselkompetenzen auszubauen und personalisierte Unterrichtskonzepte zu entwickeln, versucht das Projekt in transnationaler Arbeit, gute Konzepte auszutauschen und gemeinsam unterschiedliche Beratungsmodelle zusammen zu stellen.

Das Westfalen-Kolleg Paderborn wurde sofort nach der Öffnung des EU-Bildungsprogramms COMENIUS für Weiterbildungskollegs initiativ und hat seit 1995 34 europäische Projekte mit 22 Ländern und 40 bis 50 Projektpartnern durchgeführt. Aus den reichhaltigen Erfahrungen des Westfalen-Kollegs in Paderborn daher hier im Folgenden praktische Ratschläge:



© fotolia / grafikplusfoto

Was Sie bei Erasmus+ bedenken sollten

- Eine 100%ige Auszahlung der Fördersumme ist abhängig vom Abschlussrating, mit dem das Projekt beurteilt wird. Ein schlechteres Rating kann erhebliche Abschläge nach sich ziehen.
- Die Projektmittel in einer strategischen Partnerschaft wie hier beim Projekt CLOU, werden nach dem Konsortialprinzip vergeben, d. h. alle Projektmittel werden an die koordinierende Einrichtung ausgezahlt und diese ist für die Verteilung an die Partner zuständig und verantwortlich. Dabei sind nicht immer alle Kosten gedeckt und es ist zumeist eine Kofinanzierung der Projektpartner notwendig.
- Zu Beginn der Projektlaufzeit werden 60% der Zuschusssumme ausgezahlt. Nach Abschluss des Projektes und einem positiven Rating werden die letzten 40% freigegeben. Für Bericht, Kostenaufstellung, korrekte Verwendung der Gelder, Sammlung und Aufbewahrung der Belege ist die koordinierende Einrichtung zuständig.

TIPP: Ernennen Sie aus der Projektgruppe zwei Personen, die für die Buchprüfung zuständig sind. Das fördert die Transparenz innerhalb der Projektgruppe.
- Auch die Schüler und Lehrer arbeiten zumeist aktiv im Projekt mit. Thematisieren Sie dies vor der Beantragung eines Projekts im Kollegium.

Projektrisiken

- Ein Ausfall oder teilweiser Rückzug von Mitwirkenden wiegt ungleich schwerer, weil die Gruppe der Projektverantwortlichen meist klein ist.
- Letztlich hängt viel an den Personen. Tipp: Einer Kooperation sollte eine sorgfältige Überprüfung der Ausgangslage, der Stärken und Schwächen der Partner und ihrer Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit vorausgehen. Einerseits sind deshalb sehr

kleinschrittige Absprachen notwendig, andererseits muss der Koordinator aber auch damit rechnen, dass er nachhaken, anmahnen und ggf. Dinge selbst übernehmen muss.

Europabezogener Benefit

- Für die Schüler und Studierenden sind weiterhin die Begegnungen und der Austausch im Projektkontext das Besondere, das auch dort, wo es keine anrechenbaren Leistungszertifikate gibt, den Reiz dieser schulischen Aktivität ausmacht.
- Durch gemeinsame Auslandsaufenthalte mit Projektpartnern aus anderen Einrichtungen und die Notwendigkeit, eigene Ergebnisse zu präsentieren, erfahren die Studierenden den Sinn von Fremdsprachenlernen ganz direkt, er wird in einem lebensnahen Kontext viel einsichtiger.
- Am Westfalen-Kolleg Paderborn gibt es eine auf freiwilliger Mitarbeit beruhende „Europa-AG“. Ohne Anrechnung auf das Stundenkontingent, nehmen Studierende gleichaltrige Gäste aus den Partnerländern auf, präsentieren Projektergebnisse auf besonderen Veranstaltungen (z. B. DIDACTA Hannover).
- Die Projekte fördern eine europafreundliche, auf Wissen und Erfahrung beruhende Haltung bei jungen Menschen. Sie erfahren, welche Probleme Gleichaltrige in ihrem heimischen Bildungssystem haben, können Vor- und Nachteile im Vergleich zu ihrer eigenen Situation einschätzen und erfahren in einem europäischen Umfeld, welche Schritte sinnvoll sind, um ihre Lern- und Lebenssituation zu verbessern. (Hier finden Sie einige Aussagen von Schülern: www.wkpb.de/10-Wir/17-Studierende.html).
- Die Lehrkräfte haben die Möglichkeit, ihre Ideen in einen innovativen Prozess der Schulentwicklung und der Gestaltung der Eingangsphase einzubringen. Der Austausch mit Kollegen aus dem Ausland hat eine motivierende und unterstützende Wirkung.
- Es gibt in den Partnereinrichtungen interessante Ansätze und Standards, die auch im Westfalen-Kolleg sinnvoll eingesetzt werden können (beispielsweise Teamarbeit zu Beginn des Lehrgangs).

Von den besonderen Anforderungen, aber auch von den besonderen Freuden berichtet Dr. Ulrike Kurth, die Leiterin der Europa-AG am Westfalen-Kolleg Paderborn und Koordinatorin der europäischen Projekte: „Das Engagement geht weit über die berufliche Tätigkeit hinaus, der Einsatz an Abenden, Wochenenden, oder in den Ferien ist selbstverständlich, weil Termine für Antragsstellung, für Treffen in Brüssel oder bei den Partnern häufig nicht kompatibel mit den „Ferienzeiten“ in NRW sind. Die Frage: „Was bringt mir das persönlich?“ ist eher ungeeignet für den Entscheidungsprozess; man muss in der Lage sein, Gelder einzuwerben, wenn das EU-Budget nicht reicht oder nicht genehmigt wurde. Man muss Mut zum Risiko haben, weil nicht alle Entwicklungen zu Beginn eines Projektes exakt festgelegt und abgesprochen werden können. Man muss sich fortbilden, beispielsweise was den Umgang mit moderner Software betrifft, aber auch was bestimmte Themen betrifft, für die man nicht Fachmann ist. Man muss die Projektarbeit lieben, sonst kommt man sehr schnell an viele Grenzen!“

Literaturtipps zum Thema Finanzen

Einen Gesamtüberblick über Erasmus + finden sie im Programmleitfaden unter:
ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/sites/erasmusplus/files/files/resources/erasmus-plus-programme-guide_de.pdf

Wie Städtepartnerschaften eine EU-Förderung nutzen können, ist sehr gut zusammengefasst in: Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit e.V.: Handbuch Partnerschaftsarbeit. Themen, Hintergründe, Beispiele. 2015.

Tipps zum Umgang und der Herangehensweise an die EU-Förderung finden Sie in dem Artikel von Ines Spengler im Glossar Städtepartnerschaften – Ein Handbuch für Praktiker. 2014, erschienen in der Schriftenreihe der SGK NRW.

Daneben sei auf die Webseiten der Nationalen Ansprechpartner verwiesen.

© fotolia / Daniel Ernst



EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT

Im Kern leben Städtepartnerschaften von dem engagierten Einsatz der Bürger in der Kommune. Betrachtet man den gesamten Zeitraum der Städtepartnerschaftsbewegung, kann man davon ausgehen, dass die eingebrachten privaten Ressourcen, sei es der ehrenamtliche Einsatz oder aber auch Spenden bzw. Beiträge an den Partnerschaftsverein, die größte „Einnahmequelle“ von Städtepartnerschaften sind. Städtepartnerschaften waren und sind bis heute vor allem Begegnungen auf der bürgerschaftlichen Ebene. Dies bringt mit sich, dass die Beteiligten neben privatem Engagement auch nicht selten finanzielle Mittel beisteuern. Der kommunale Zuschuss zu Reisen und Austauschen ist daher meist eher eine Anschubfinanzierung, um einen Anreiz zu schaffen und die privaten Leistungen anzuerkennen. Gerade auf Grund der kommunalen Finanznöte gehen viele Partnerschaftsvereine kreative Wege, um Projekte des Vereins umzusetzen und zu finanzieren. So verkauft beispielsweise die deutsch-finnische Gesellschaft in Detmold regelmäßig auf dem örtlichen Weihnachtsmarkt Glühwein, um damit den Praktikantenaustausch mitzufinanzieren.

Viel zu selten werden Kooperationen mit der Wirtschaft eingegangen. Dabei ist die Internationalisierung eines der Hauptthemen vieler Unternehmen und damit einhergehend die Internationalisierung der Mitarbeiter. Hier könnten Partnerschaften der Kommunen ein wertvolles Instrument sein. So können Städtepartnerschaften in diesem Bereich konkrete Hilfen anbieten bei der Ausbildung der Internationalität künftiger oder jetziger Arbeitnehmer, indem beispielsweise Praktika in der Partnerstadt für Schüler, Auszubildende oder Studierende der eigenen Kommune organisiert werden. Die stetig zunehmende Internationalität in der Arbeits- und Geschäftswelt kann auf spielerische Art und Weise für Kinder und Jugendliche und auf ernsthafte Art und Weise für Auszubildende und Studierende durch Austausch im Rahmen von Städtepartnerschaften erfahrbar gemacht werden.

Einen interessanten Weg der Finanzierung seiner Aktivitäten ist Cologne Alliance gegangen. Cologne Alliance ist ein gemeinnütziger Verein, der es den Kölner Partnerschaftsvereinen ermöglicht, ihre Kräfte zu bündeln und ihnen zu einem gemeinsamen Außenauftritt zu verhelfen. Neben der Öffentlichkeitsarbeit ist Cologne Alliance eine Plattform für viele übergeordnete Themen wie Netzwerkarbeit und Fundraising. Gemeinsam mit den Partnerschaftsvereinen hat Cologne Alliance einen Reiseführer zu den 22 Partnerstädten entwickelt. Mit dem Erlös werden die Partnerschaftsvereine unterstützt:



NACHWUCHS

Fehlender Nachwuchs wird von den Akteuren der Städtepartnerschaftsarbeit zunehmend als drängendes und Substanz gefährdendes Problem beschrieben. Bei fehlendem Nachwuchs ist zumeist die erste Assoziation das geringere Interesse von Jugendlichen an langfristigem Engagement in Partnerschaftsvereinen. Als Gründe seien hier die veränderten Lebensbedingungen für Jugendliche (G8 und begleitende Maßnahmen wie der offene Ganztag), sowie der Motivwandel genannt: Im Vergleich zum Friedens- und Versöhnungsmotiv der Nachkriegsgeneration, der Großväter und Väter (und Mütter), ist für die junge Generation heute ein pragmatischer Zugriff auf Europa bestimmend: Sie will (mit-) gestalten und teilhaben, von der Symbolpolitik hin zu operativem Handeln.

Bei der Nachwuchsgewinnung für Partnerschaftsvereine ist daher an verschiedene Zielgruppen zu denken. Viele Städtepartnerschaftsvereine hatten besonderen Erfolg beim Akquirieren neuer Mitglieder in der Alterskohorte 55+. Beim Gewinnen von neuen Mitgliedern muss das Motto gelten: Auch Umwege können zum Ziel führen.

TIPP: Untersuchungen zeigen starke Unterschiede bei den Motiven für ehrenamtliches Engagement bei der jüngeren im Gegensatz zur älteren Generation. Für die jüngere Generation ist „Qualifikationen zu erwerben“ ein entscheidendes Motiv für das Engagement. Nutzen Sie es, Städtepartnerschaften bieten viele Möglichkeiten für die Qualifizierung (Jugendarbeit, Spracherwerb, Auslandspraktika u.ä.). Viele Partnerschaften haben zudem gute Erfahrungen mit dem Angebot der Projektarbeit gemacht, bieten Sie Projektarbeit an, Engagement für einen abgegrenzten Zeitraum. Auch hier kann die Stellenanzeige genutzt werden.

© Stadt Mülheim a.d.R.



NACHWUCHS GEWINNEN: AUCH UMWEGE FÜHREN ZUM ZIEL

Nachwuchs ist nicht gleich Jugend
Das Potential der 55+ Generation nicht vernachlässigen

Zielgruppe: Gut Ausgebildete, die in ihrer Jugend an europäischen Begegnungen teilgenommen haben

Tipp: Stellenanzeige in lokalen Medien, Aushängen, etc., die zur Mitarbeit im Partnerschaftsverein einladen

Vorherige Empfehlung:
Wichtig ist die kritische Bestandsaufnahme der eigenen Arbeit

Ziele definieren,
für die neue Mitstreiter gesucht werden

Klären:
Sind wir offen für Veränderungen und neue Mitstreiter?

Junge Menschen durch Kooperation für Städtepartnerschaften begeistern

Formate

Vernetzung mit den lokalen Organisationen

Begegnungen unter jungen Städtepartnern

Jugendring oder Jugendzentren

Jugendstadtrat (siehe das Beispiel Mülheim a.d.R.)

Städtepartnerschaften in gemeinsamen Aktionen einbringen (z.B. Europatage, Projektwoche)

Junge Europäische Föderalisten

Schulen

Beiträge zum Rahmenprogramm von Jugendturnieren

Sportvereine

Gehen Sie neue Wege bei der Suche nach Ehrenamtlichen, machen Sie auf sich aufmerksam z. B. durch eine Stellenanzeige, hier dazu ein Muster, welches Sie nach Ihren Bedürfnissen anpassen können:

Wir suchen:

EHRENAMTLICHE MITARBEITER

Beschreiben Sie hier, in welchem Bereich Sie Unterstützung benötigen.

BESCHREIBUNG DER TÄTIGKEIT: Beschreiben sie die Tätigkeit für den „Bewerber“ so präzise wie möglich. Der Bewerber muss wissen, welche Aufgaben ihn erwarten. Zudem sollten Sie beschreiben, welche Ziele ihr Verein verfolgt und was die zukünftigen Schwerpunkte sind.

VORAUSSETZUNGEN: Gibt es besondere Voraussetzungen, die erfüllt werden müssen? Neben den weichen Faktoren wie Engagement oder Kreativität können auch harte Faktoren wie ein Führerschein oder aber das polizeiliche Führungszeugnis notwendig sein. Zum Beispiel: Gute Erinnerungen an internationale Begegnungen in ihrer Jugendzeit sind eine tolle Basis für ihre Tätigkeit bei uns.

EINSATZORT: Hier angeben, an welchem Ort der Großteil der Aktivität stattfindet.

ZEITAUFWAND: Seien Sie ehrlich bei dem Zeitaufwand, mit dem Interessierte rechnen können. Dabei sollten die Zeitangaben in h/Woche angegeben werden. Eher auf- als abrunden bei der Schätzung.

WIR BIETEN: Was haben Sie zu bieten, eine Aufwandsentschädigung, oder ist es die besondere Geselligkeit in ihrem Verein, werben Sie für sich.

UNSERE EINRICHTUNG: Stellen Sie sich vor. Was sind ihre Hauptaufgaben, Ziele? Was sind die größten Erfolge der letzten Jahre? Wo möchten Sie hin, was sind die Motive für Ihr Engagement?

IHRE ANSPRECHPARTNER(in): Wie in jeder Bewerbung sollte ein Ansprechpartner benannt werden mit den Kontaktdaten (E-Mail und Telefon), an den sich Interessierte bei Fragen wenden können.

Zur Vertiefung: Matuschek, Katrin und Lange, Valerie (2013): Ehrenamtliche Vorstände gesucht! Wie Sie Führungskräfte für den Verein gewinnen, entwickeln und binden. Erschienen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in der Schriftenreihe Akademie Management und Politik. Im Internet abzurufen unter: library.fes.de/pdf-files/akademie/mup/10317.pdf

SCHULE UND SCHULPARTNERSCHAFTEN

Ein gutes Instrument, Kontakte zur Jugend zu erhalten, sind die Schulpartnerschaften. Insgesamt haben in NRW 824 Schulen 2.015 internationale Schulkontakte.

Schulpartnerschaften zählen in den meisten Kommunen in NRW zu den wichtigen Säulen der Städtepartnerschaften. Dennoch folgen Schulen einer eigenen Funktionslogik. Daher besteht die Möglichkeit, dass Schulkontakte und -partnerschaften auch dort, wo sie parallel zu Städtepartnerschaften organisiert sind, nicht in die Städtepartnerschaftsaktivitäten integriert sind.

Nutzen Sie die Chance der Vernetzung: Hier bieten Jubiläen, Gedenkjahre, europäische Schwerpunktjahre oder Events sowie Europawochen oder aktuelle europäische Themen den in der Kommunalverwaltung und in Partnerschaftsvereinen Verantwortlichen eine Chance, nach Möglichkeiten zur Kooperation zu suchen und zu veranschaulichen, dass sie auf der Höhe der Zeit agieren. Dadurch können sie sich gegenüber Schülern profilieren und dazu beitragen, diese für die Bedeutung von Städtepartnerschaften und europäische Zusammenarbeit zu sensibilisieren.

Zur Vertiefung:

www.schulministerium.nrw.de/docs/Internationales/

www.europaschulen.nrw.de

© Stadt Mülheim a.d.R.



AUSZUBILDENDE UND BETRIEBE

Nur ein sehr geringer Teil der Auszubildenden verbringt eine Zeit der Ausbildung im Ausland, während die Zahl bei den Studierenden stark ansteigt. Und das obwohl die Anerkennung der Leistungen aus dem Ausland ähnlich möglich sind. Unternehmen und Kammern verfolgen zwar in ihren Auslandskontakten ihrer eigene Funktionslogik der Märkte – aber gerade bei der Internationalisierung der Beschäftigten sind viele Synergieeffekte zwischen Unternehmen und Städtepartnerschaften denkbar. Auszubildende haben zwei Plattformen für europäische Begegnungen: Zum einen die europäischen Schulkontakte ihrer Berufskollegs, die parallel oder auch quer zu Städtepartnerschaften verlaufen können. Zum anderen wird das Programm „Mobilität ohne Grenzen“ unter dem Titel „Berufsausbildung ohne Grenzen“ (www.mobilitaetscoach.de/) bis Ende 2018 fortgesetzt; es liegt in der Verantwortung der Kammern und ermöglicht Auszubildenden, mit einem Stipendium bis zu neun Monate ihrer Ausbildung in einem EU-Land zu verbringen. Partnerschaftsvereine können sich bei den Mobilitätsberatern in ihrem Kammerbezirk erkundigen, ob und vor allem wo derartige Auslandspraktika von einheimischen Auszubildenden angenommen wurden, und können sich bei Bedarf und Gelegenheit in die Veranstaltungen zur Verleihung des Mobilitätspasses einbringen, um auf diese Weise auf ihre Arbeit aufmerksam zu machen.

EIN NEUES FORMAT MIT CHANCEN FÜR STÄDTEPARTNER: DIE RUHR GAMES

Ein neues Format im Kontext von europäischen Jugend- und Sportbegegnungen hat 2015 der Regionalverband Ruhr erprobt: Die Ruhr Games (www.ruhrgames.de/de/home/). In diesem Großevent werden „etablierte“ Sportarten und neue Trendsportarten zusammengefasst und von kulturellen und anderen Aktivitäten, beispielsweise einem Jugendcamp unter Federführung des Landessportbunds NRW, begleitet. Städtepartnerschaften werden in die Aktivitäten eingebunden.

Hingewiesen sei auf eine Veranstaltung der Europa-Union NRW, zusammen mit der Auslandsgesellschaft Deutschland, der Deutschen Sporthochschule Köln (Jean Monnet Lehrstuhl) und dem freizeitpädagogischen Verein „Erlebt was“ e.V. und dem Format : „Same game – same people – same Europe“. Dieses hat ein Streetkickturnier für Jugendliche ab 14 Jahren verbunden mit europa- und fußballbezogenen Kurzworkshops zu aktuellen Fragen rund um den Fußball und der Fankultur initiiert. Für die Fortsetzung der Ruhr Games 2017ff. sei Akteuren der Städtepartner in den betroffenen Teilregionen des Ruhrgebiets empfohlen, sich frühzeitig in die Planungen des Regionalverbands Ruhr einzubringen, um ein Experimentierfeld für neue, jugendgerechte Formate der Städtepartnerschaftsaktivitäten unter Einbeziehung des Sports zu gewinnen.

BEGEGNUNG UNTER JUNGEN STÄDTEPARTNERN: DER JUGENDSTADTRAT ALS PARTNER DES JUGENDAUSTAUSCHS „JSR MÜLHEIM MEETS FRIENDS“ vol2

Vom 17. bis 23. März 2015 trafen sich in Mülheim a.d.R. Jugendliche aus den Partnerstädten Darlington, Tours, Kouvola, Oppeln und Kfar Saba sowie Mitglieder des Mülheimer Jugendstadtrates und der Mülheimer Europaschulen zum internationalen Jugendkongress „JSR meets friends_vol2“. 30 Jugendliche aus sechs verschiedenen Ländern – begleitet von ihren Delegationsleitungen – arbeiteten aktiv während des Kongresses zusammen. Im Mittelpunkt stand der Austausch über die Themen Toleranz im Alltag, Klimaschutz und Mobilität- meine Chance in Europa.

Mülheim a.d.R. ist eine kreisfreie Großstadt im westlichen Ruhrgebiet und hat sechs Partnerstädte: Darlington (Nordengland), Tours (Mittelfrankreich), Kouvola (Südfinnland), Oppeln (Polen), Kfar Saba (Israel) und Beykoz (Türkei).

Mit dem Jugendstadtrat hat Mülheim a.d.R. einen engagierten Partner, welcher sich mit großem Eifer an den internationalen Projekten aktiv beteiligt oder sogar wie in dem aktuellen Fall mit initiiert. Der Jugendstadtrat hat 18 Mitglieder im Alter von 14–21 Jahren und wird auf zwei Jahre gewählt, den Jugendstadtrat gibt es in Mülheim a.d.R. seit 2006. Betreut wird die Arbeit des JSR von einem Mitarbeiter des Jugendamts der Stadt.

© Stadt Mülheim a.d.R.



Die Veranstaltung konnte aufbauen auf die erfolgreiche Jugendbegegnung im Jahr 2011 „JSR-meets friends“; hier hatte sich erstmals gezeigt, dass Jugendbegegnungen auch dann erfolgreich sein können, wenn nicht der Sport oder die Kultur das Hauptthema sind, sondern politische Themen im Mittelpunkt stehen. Angesichts dieser guten Erfahrung mit tollem Feedback wurde vom Jugendstadtrat eine Wiederholung gewünscht. Mitfinanziert werden konnte das Projekt über die erfolgreiche Beantragung von EU-Fördermitteln aus dem Programm Jugend in Aktion, Leitaktion 3 „Strukturierter Dialog“, daneben hat sich die Stadt erfolgreich um einen Zuschuss bei der Leonnard-Stinnes-Stiftung beworben und auch örtliche Unternehmen gewinnen können, die sich durch Sach- bzw. Geldspenden an dem Projekt beteiligt haben. So konnten beispielsweise die Konferenzräume kostenlos genutzt werden. Kostenlos konnte auch in der Werkskantine des benachbarten Unternehmens zu Mittag gegessen werden.

Gerade die Förderung durch die EU machte Änderungen an der Planung notwendig; so musste der Zeitraum auf sieben Tage ausgeweitet werden und das Projekt insgesamt vom Juni 2014 auf das Frühjahr 2015 verschoben werden, da das Mülheimer Projekt erst dann in die Leitaktion hineinpasste. Die Moderation und die Gestaltung der Workshops wurden durch die YEP's (Young European Professionals) organisiert.

Die Arbeitsrunden fanden sowohl in national gemischten Gruppen als auch im Plenum statt. Eine sehr beeindruckende Folge des Projekts ist es, dass die Jugendlichen eine Resolution zum Thema Toleranz verfasst haben und diese Resolution Eingang gefunden hat in die Agenda des Jugendstadtrats.

© Stadt Mülheim a.d.R.





© Stadt Mülheim a.d.R.

SCHLUSSFOLGERUNGEN AUS DIESEM PROJEKT FÜR SIE:

Das vorgestellte Beispiel ist eines von vielen Beispielen guter Praxis, die unter Beweis stellen, dass junge Menschen erfolgreich für Europa zu begeistern sind.

- Wo kein Jugendstadtrat besteht, bieten sich der örtliche Jugendring oder andere Akteure (Jugendzentren, Jugendverbände u.a.m.) als Kooperationspartner an. Außerdem sollten die Ressourcen vorhandener (Europa-)Schulen oder anderer Bildungseinrichtungen genutzt werden.
- Die Einbindung der Jugendlichen in die Programmentwicklung und -gestaltung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor.
- Mit den Young European Professionals steht ein Pool qualifizierter, altersgerechter Referenten zur Verfügung, falls vor Ort, oder durch die Kooperationspartner keine entsprechenden Personalressourcen vorhanden sind. Weitere Informationen dazu finden Sie hier: www.edu-impact.de/ sowie hier: www.bpb.de/veranstaltungen/netzwerke/yep/
- Die Einbeziehung örtlicher Kooperationspartner oder Angebote für die Freizeitgestaltung verbreitert die Idee europäischer Begegnung in der Stadtgesellschaft.
- Damit die Begegnung keine Eintagsfliege bleibt, sollte sie mit allen Beteiligten nachbereitet und ausgewertet werden. Für die inhaltliche Weiterarbeit des Jugendstadtrats boten im konkreten Fall die von der Jugendkonferenz verabschiedeten Resolutionen Anknüpfungspunkte.
- Unterbringung und Lernen in gemischten Gruppen fördern das Zusammenwachsen und die Lerneffekte, sich als junge Europäer zu verstehen.

ZIVILGESELLSCHAFT

Zivilgesellschaft beschreibt den Bereich zwischen Markt, Staat und Privatsphäre. Auf lokaler Ebene werden unter dem Begriff der Zivilgesellschaft konkret Bürger sowie Organisationen wie Vereine oder Verbände gefasst. Letztere zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht gewinnorientiert sind, sondern einen gemeinwohlorientierten Zweck verfolgen und mit dauerhafter Perspektive gegründet werden. Im Konzept von Städtepartnerschaften spielt die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle: Sie ist Initiator, Adressat und gleichsam Mitgestalter.

Charakteristisch für jede Städtepartnerschaft ist, dass sie sich stets an die Zivilgesellschaft einer Kommune als Gesamtheit adressiert. Und ihre impliziten Ziele wie „Völkerverständigung“, „europäische Integration“ oder „gegenseitiges Lernen“ können nur dann verwirklicht werden, wenn die Städtepartnerschaft von möglichst breiten Teilen der lokalen Zivilgesellschaft getragen wird. Ohne das Engagement der Zivilgesellschaft sind Städtepartnerschaften nicht lebensfähig.

So geht ein Großteil der von deutschen Kommunen initiierten Städtepartnerschaften auf die Tatkraft von „engagierten Aktiven“ zurück. Bürger, meist aus dem organisierten Kontext heraus (aus Sportvereinen, Schulen oder mit Erfahrung im politisch-administrativen Bereich) initiieren Städtepartnerschaften mit dem Ziel, direkt aus der Bürgerschaft heraus Austausch zu ermöglichen und somit den Gedanken der Völkerverständigung zu leben.

Damit das bürgerschaftliche Engagement auf fruchtbaren Boden fällt, ist es an den Kommunen, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das Engagement vor Ort stärken und die Zivilgesellschaft zum Handeln mobilisieren.

PRAXISTIPPS:

- Ein regelmäßiger Austausch zwischen der Kommune und der Zivilgesellschaft ist zentral für den Erfolg.
- Sprechen Sie gezielt Multiplikatoren der Kommune zur Teilnahme am Partnerschaftsverein direkt an. Helfen kann auch eine gezielte Stellenausschreibung (ein Muster finden Sie im Kapitel → Jugend).
- Es gibt nicht die eine richtige Struktur für die Organisation der Zivilgesellschaft, dies kommt stark auf die Gegebenheiten vor Ort an. Die Frage ist, existiert eine funktionierende Struktur oder ist diese vielleicht aktivitätshemmend?
- Die Wertschätzung durch die Kommune für die Arbeit des Vereins ist zentral für eine erfolgreiche Arbeit. Die kurze Anwesenheit des Bürgermeisters bei Veranstaltungen

des Partnerschaftsvereins oder einfach nur ein Danke werden oft vergessen, fördern aber das Engagement.

- Kommune und Zivilgesellschaft sollten bei der inhaltlichen Erweiterung der Partnerschaft durch Projekt- oder Themenpartnerschaften aktiv zusammen arbeiten. Wenn eine strukturierte Zusammenarbeit themenspezifisch nicht möglich ist, sollte zumindest ein regelmäßiger Informationsaustausch stattfinden (→ Gemeinsam mehr).
- Gibt es kein strukturiertes zivilgesellschaftliches Engagement, schaffen Sie eine tragfähige Struktur (ein Verein, o. a.) Es stellt die Partnerschaft zukunftsfähiger auf und schafft es besser, auch Krisen zu meistern (→ Krisen bewältigen).

In den Kommunen gibt es sehr unterschiedliche Organisationsformen der Zivilgesellschaft in der Partnerschaftsarbeit.

Zumeist werden Partnerschaftsvereine gegründet, seltener Partnerschaftskomitees. Bei dem Partnerschaftskomitee werden die Mitglieder meist vom Rat der Kommune vor jeder Legislaturperiode ernannt, bei einem Partnerschaftsverein gründet sich ein eigener Verein für die Partnerschaft. In größeren Städten mit mehreren Städtepartnerschaften kann eine Ausdifferenzierung – je Partnerschaft ein Partnerschaftsverein – sinnvoll sein, um den länderspezifischen Interessen zu entsprechen. Hier sollten effiziente Koordinierungsstellen geschaffen werden. Erkennbar ist, dass es nicht die eine ideale Organisationsstruktur gibt. Jede Kommune hat ihre Besonderheiten, die es zu berücksichtigen gilt. Wichtig ist aber, dass es einen engen Austausch gibt zwischen der Verwaltung sowie der Zivilgesellschaft als den beiden stärksten Akteuren der Partnerschaftsarbeit.

Idealerweise hat der für Partnerschaften zuständige Mitarbeiter ebenfalls eine Funktion in dem Partnerschaftsverein- bzw. komitee. Diese Kombination hat den Vorteil der kurzen ‚Dienstwege‘, Ideen der Verwaltung erreichen so den Partnerschaftsverein und umgekehrt. In Fällen, in denen diese Konstellation nicht möglich ist, sollten regelmäßige Treffen diesen engen Kontakt zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft gewährleisten.

WASSENBERG – EINE VERÄNDERUNG DER STRUKTUR HILFT KRISEN ZU BEGEGNEN

Wie unterschiedlich erfolgreiche Strukturen sein können, zeigt das Beispiel aus Wassenberg, wo die Organisationsstruktur auf Grund einer Krise durch eine zusätzliche Partnerschaft reformiert wurde.

Wassenberg ist eine Stadt mit mehr als 17.000 Einwohnern im Kreis Heinsberg an der niederländischen Grenze gelegen. Wassenberg hat offizielle Städtepartnerschaften mit Pontarson (Normandie) sowie Highworth (England).

KENNZEICHEN DER ORGANISATIONSSTRUKTUR

Die Partnerschaftsarbeit wird aufgeteilt zwischen einem Partnerschaftspräsidium und einem Partnerschaftskomitee. Das Partnerschaftspräsidium entscheidet über die Grundsatzpolitik der Städtepartnerschaftsarbeit, das Partnerschaftskomitee ist ein eingetragener Verein, im Partnerschaftspräsidium vertreten und leistet 90% der praktischen Partnerschaftsarbeit, ist also faktisch der aktive Kern der Partnerschaftsbeziehungen. Zusammensetzung und Zuständigkeiten sind dem folgenden Schaubild zu entnehmen:

	PARTNERSCHAFTSPRÄSIDIUM	PARTNERSCHAFTSKOMITEE e.V.
Zusammensetzung	<ul style="list-style-type: none"> – Der Bürgermeister – Je ein Mitglied der Ratsfraktionen – Der Vorsitzende und drei weitere Mitglieder des Partnerschaftskomitees Wassenberg e.V. – Ein Vertreter der Betty-Reis-Gesamtschule – Ein Vertreter des Jugendzentrums – Der Geschäftsführer (Angehöriger der Verwaltung) 	<ul style="list-style-type: none"> – Jeder Bürger kann Mitglied werden. Aktuell 130 Mitglieder. Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen: – Vorsitzender – Stv. Vorsitzender, zuständig für Pontorson – Stv. Vorsitzender, zuständig für Higworth – Geschäftsführer – Kassierer
Aufgaben	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitung von Ratsbeschlüssen in Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung – Festlegung des Jahresprogramms In Zusammenarbeit mit den Partnerschaftskomitees der Partnerstädte 	<ul style="list-style-type: none"> – Vorbereitung und Durchführung der jährlich stattfindenden Veranstaltungen mit Pontorson und Higworth

Arbeitsteilung und Verzahnung werden mit dieser Organisationsstruktur hergestellt. Das Präsidium leistet die Verzahnung der Städtepartnerschaftsarbeit mit dem Rat und dem Städtepartnerschaftskomitee. Es bereitet Grundsatzbeschlüsse des Rats vor und entscheidet über die Verwendung der vom Rat zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel für das Jahresprogramm. Da das Partnerschaftskomitee im Präsidium vertreten ist, können die Aktivitäten einvernehmlich geplant werden; seit Bestehen des Präsidiums hat es fast nur einstimmige Entscheidungen gegeben.

Die Struktur erfüllt also in Wassenberg ihren Zweck, die Partnerschaftsarbeit wird seit der Reform konfliktfrei, und umso engagierter angegangen, denn die Städtepartnerschaften und deren Begegnungen sind in das gesellschaftliche Leben und die Zivilgesellschaft integriert. Das Modell wird sicherlich begünstigt durch die kleinstädtischen Sozialisationsbedingungen mit einem engen Kontaktnetz. Von Vorteil ist zudem, dass es durch personelle Kontinuitäten sowie die Personalunion auf wichtigen Positionen in der Zivilgesellschaft, dem Rat oder der Verwaltung geprägt ist. Die Organisationsstruktur,



© fotolia / Robert Kneschke

die auf den ersten Blick sehr komplex erscheint, ist für Wassenberg die ideale Organisationsstruktur, für andere Kommunen sind es wiederum andere Formen. Zentral ist aber, dass funktionierendes ehrenamtliches Engagement das Ergebnis vorausschauender Arbeit mit dem besonderen Blick für die örtlichen Gegebenheiten ist.

Ein wichtiger Baustein dafür kann die strategische Steuerung sowie die örtliche Vernetzung sein, wie das Beispiel der Stadt Lünen zeigt, die damit neuen Schwung in die Partnerschaftsarbeit bekommen hat.

VERNETZUNG UND STRATEGISCHE STEUERUNG – DAS HANDLUNGSKONZEPT AUS LÜNEN

Die Mittelstadt Lünen hat Wege aufgezeigt, wie durch strategische Steuerung seitens der Verwaltung Potenziale bürgerschaftlichen Engagements revitalisiert und Städtepartnerschaftsvereine mit weiteren Akteuren enger verknüpft werden können. Ein wichtiges Instrument dafür sind Ideen- und Entwicklungsworkshops.

Im Rahmen eines Ideenworkshops der Stadtverwaltung mit bürger- und zivilgesellschaftlich engagierten Akteuren wurde die Notwendigkeit des gezielten Engagements für eine Stärkung von europäischen Austausch- und Partnerschaftsaktivitäten herausgestellt. Auf der Basis der Ideen wurde von der Stadt Lünen ein Handlungskonzept entwickelt, welches vom Rat der Stadt diskutiert und verabschiedet wurde.



© fotolia / Rawpixel.com

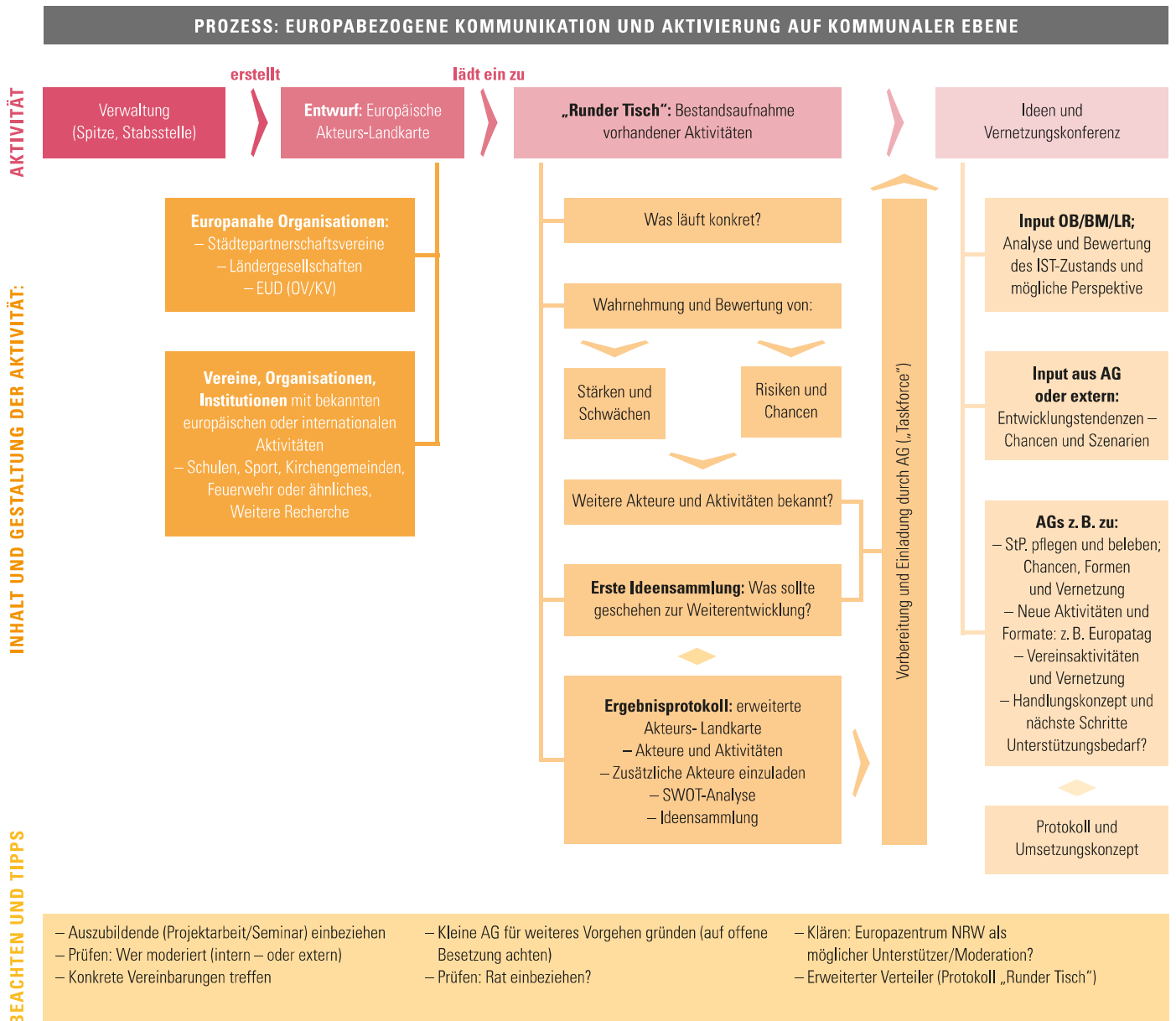
In sieben Handlungsfeldern wollte Lünen die Europaarbeit der Stadt neu aufstellen. Das Handlungsfeld „Weiterentwicklung von Städtepartnerschaften“ war Gegenstand eines Entwicklungsworkshops, das Stadt und Projektplaner gemeinsam konzipiert haben. Durch diesen Prozess sollte das Interesse unterschiedlicher Institutionen an den einzelnen Städtepartnerschaften gefördert werden und damit zu einer Ausweitung der Partnerschaftsaktivitäten führen.

Am Entwicklungsworkshop nahmen Vertreter der Städtepartnerschaftsvereine und Ratsmitglieder bzw. Parteienvertreter ebenso teil wie Vertreter der Kirchen, Schulen, des Sports und der Kulturarbeit. In Arbeitsgruppen zu den beiden Städtepartnerschaften Bartın und Salford wurden Schritte erörtert, wie eine junge Partnerschaft (Bartın) die gewonnene Anfangsdynamik durch eine Vernetzungskonferenz strategisch weiterentwickelt bzw. wie eine stagnierende Partnerschaft (Salford) insbesondere über eine stärkere Einbeziehung von Schulen revitalisiert werden kann. Besonders innovativ waren die Überlegungen einer Arbeitsgruppe mit Künstlern, die mehrere Aktivitäten anlässlich des kommenden Lünener Stadtjubiläums vorbereiteten, an der sowohl bildende Künstler

Lünen ist eine Stadt mit knapp 85.000 Einwohnern im Kreis Unna. Lünen hat offizielle Städtepartnerschaften mit Zwolle (Niederlande), Salford (England), Panevėžys (Litauen), Demmin, (Mecklenburg-Vorpommern), Kamień Pomorski (Polen) sowie Bartın (Türkei).

als auch Musikgruppen (Musikvereine, Chöre, Musikschulen) aus den Partnerstädten teilnehmen sollten. Die Initiierung eines Kulturaustausches zwischen Partnerstädten bietet inhaltlich einen interessanten Ansatz für weitere Teile der Bürger- und Zivilgesellschaft.

Wie ein Prozess der Vernetzung und strategischen Steuerung in einer Kommune aussehen kann, zeigt folgende Grafik. Dieser Prozess kann auch helfen, themenspezifisch neue Anknüpfungspunkte zu initiieren (z. B. → Jugend)



Andersen, Uwe; Fischer, Sigmar; Kuschke, Wolfram; Pfundheller, Kai; Woyke, Wichard (2013): Identifizierung, Stärkung und Vernetzung der Akteure einer europäischen Bürger- und Zivilgesellschaft. Abschlussbericht über ein Projekt. Bezug über: www.europa-zentrum-nrw.de/Bilder/Abschlussbericht_2013.pdf, S.83

3. ERWEITERN



MIGRATION UND INTEGRATION

Eine der größten Herausforderung der Kommunen in NRW ist das Thema Migration und Integration der ausländischen Bevölkerung. Laut Statistischem Bundesamt vom 31.12.2015 sind in NRW 10,1% der Bevölkerung Ausländer. Rechnet man den Anteil der Menschen mit Migrationserfahrung hinzu, kommt man je nach Definition auf Zahlen um 25% der Bevölkerung mit Migrationserfahrung (www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/Migrationshintergrund/Tabellen/MigrationshintergrundLaender.html).

Aktuelle Tendenzen wie das Erstarken rechtspopulistischer Parteien zeigen, wie fragil der gesellschaftliche Zusammenhalt und Frieden ist. Einen interessanten Ansatz, wie Städtepartnerschaften dabei helfen, Integration durch den Aufbau bzw. die Weiterentwicklung des gegenseitigen Verständnisses sowie den Abbau von Vorurteilen zu unterstützen, haben wir in Castrop-Rauxel und Versmold vorgefunden. Beide Städte haben Partnerschaften mit den Herkunftsorten der eigenen Migrationsbevölkerung abgeschlossen. Die beiden Städte sind dabei sehr unterschiedliche Wege gegangen. Während der Integrationsrat in Castrop-Rauxel der Initiator dieses Prozesses war, ist es in Versmold von der Stadt initiiert worden.

ERFOLGE DES MODELLS

- Durch die Städtepartnerschaft lernt die einheimische Bevölkerung viel über das Herkunftsland bzw. die Stadt der zugezogenen Migranten kennen – es wächst das Verständnis füreinander.
- Durch die Städtepartnerschaft engagieren sich die Gruppen mit Migrationshintergrund in der städtischen Zivilgesellschaft; es entsteht ein stärkerer Kontakt zwischen der herkunftsdeutschen Bevölkerung sowie den Migranten. Auf diese Art und Weise wächst das Verständnis für- und miteinander sehr viel stärker. Zudem werden die Kontakte zwischen den Migranten und dem „Rathaus“ sehr viel intensiver. Der Erfolg des Modells in Versmold ist beispielsweise auch daran erkennbar, dass seit der letzten Legislaturperiode der erste spanischstämmige Versmolder Ratsherr geworden ist.
- Über die Städtepartnerschaft werden die besonderen Verdienste der Bevölkerung mit Migrationshintergrund für die eigene Stadt honoriert und anerkannt.
- Die Städtepartnerschaften tragen zum gemeinsamen Verständnis und damit zu einem stärkeren Gemeinschaftsgefühl in der Stadt bei.
- Dass die beiden Städtepartnerschaften in Castrop-Rauxel von der Idee bis zur Unterzeichnung zügig gebildet werden konnten, ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass zwischen den drei Bürgermeistern die „Chemie stimmte“: Sie waren von

NEUE STÄDTEPARTNERSCHAFTEN MIT DEN HERKUNFTSORTEN DER EIGENEN MIGRATIONSBEVÖLKERUNG

Versmold – Tui

Initiiert von der Verwaltung

Herkunftsstatistik der Versmolder Migrationsbevölkerung

Größte Gruppe:
Polen – existiert
bereits eine
Städtepartnerschaft

Zweitgrößte
Gruppe: Spanien

Spanische Migrations-
bevölkerung
differenziert
aufschlüsseln
nach Regionen

Galizien als Zielregion
(große Mehrheit)

Intensive
Gespräche mit
spanischer
Community

Einbeziehung
der Rats-
fraktionen

Tui als
idealer Partner

Castrop-Rauxel – Trikala (Griechenland) und Zonguldak (Türkei)

Initiiert vom Integrationsrat

Integrationsrat: Türkische und griechische
Community wünschen jeweils eine
Partnerschaft mit einer gr./tr. Stadt

Einbeziehung
des Rates

Prioritätenliste
der geeigneten
Partnerstädte

Gründung eines
gemeinsamen Partner-
schaftsvereins
(Herkunftsdeutsche
+ gr. + tr. Community)

Ratsbeschluss

Städtepartnerschaften
sollen zur Dreiecks-
partnerschaft werden

Unterzeichnung
der jeweiligen
Partnerschaftsverträge

Ziel

BM wechseln –
Zeitliche
Verzögerung

der Idee der Dreieckspartnerschaft überzeugt und konnten Teile der Zivilgesellschaft zu aktivem Engagement gewinnen. Wichtig war, dass sie Alleingänge vermieden und ihr Vorgehen eng miteinander abstimmten.

WELCHE FALLSTRICKE LAUERN?

- Die Diskussionen über das Ob von Partnerschaften mit Herkunftsländern der Migranten sollte in geordnete Bahnen gelenkt werden. Durch zahlreiche Gespräche vorab können Kampagnen, die in die falsche Richtung führen, verhindert werden.
 - 1.** Idealerweise kommen die Impulse zu den Städtepartnerschaften aus der Zivilgesellschaft. Wenn die Impulse aus dem Rathaus kommen, sollten alle entscheidenden Gruppen (Rat, Zivilgesellschaft, ausländische Communities) schnellstmöglich mit einbezogen werden. Maßgebend für den späteren Erfolg einer Partnerschaft ist es, schon vor dem Abschluss viele Multiplikatoren in den Prozess mit einzubeziehen, die diese Idee weitertragen.
 - 2.** Wichtig sind Gespräche mit den Vertretern der schon bestehenden Partnerschaftsvereine, um sie zu Fürsprechern der Partnerschaft zu machen. Häufig besteht hier die Sorge einer Benachteiligung bzw. einer zukünftigen Bevorzugung der neueren Städtepartnerschaft. Diese gilt es, schon im Vorfeld zu entkräften.
- Bei solch einem Prozess ist die „Migrationshierarchie“ mit zu bedenken. Migrationshierarchie meint, dass in Ländern, in denen ein ähnlicher Wohlstand herrscht oder aber das verbreitete Bild positiv besetzt ist (Spanien – Sonne und Urlaub), Partnerschaften leichter auf Zustimmung in der Bevölkerung stoßen als mit Ländern, die sehr unterschiedlich zu Deutschland sind bzw. wo das Bild eher negativ besetzt ist.
- Die Befindlichkeiten der anderen Migranten sollte vor dem Abschluss einer Städtepartnerschaft mitbedacht werden. So gibt es Ressentiments bestimmter Migrantengruppen gegenüber anderen. Als Beispiel zur Veranschaulichung seien hier serbische Partnerschaften genannt, gegen die Ressentiments bestehen bei der aus Kroatien stammenden Bevölkerung. Auch hier ist eine besondere Sensibilität notwendig, gezielte Gespräche können hier vorbeugend wirken.
- Es gibt in vielen Kommunen die Sorgen, dass Städtepartnerschaften aus Herkunftsländern der eigenen Migranten schnell zu einem Closed-Shop werden und rein von den Migranten getragen werden. Hier haben wir in beiden Städten interessante Ansätze entdeckt:
 - 1.** In Vermold wurden gerade zu Beginn Angebote geplant, die auch besonders die einheimische Bevölkerung ansprechen. So wurden mit Spanien Austausche zwischen den Handball-Mannschaften initiiert. Viele dieser Vereine sind nun zu Trägern der Partnerschaft geworden.
 - 2.** In Castrop-Rauxel haben sich von Anfang an gezielt Multiplikatoren aus der einheimischen Zivilgesellschaft für die Dreiecks-Partnerschaft engagiert. So hat sich neben den jeweiligen Bürgermeistern auch u.a. der örtliche Bundestagsabgeordnete

als Vorsitzender des Partnerschaftsvereins Castrop-Rauxel – Trikala – Zonguldek in die Arbeit eingebracht.

DEUTSCH-TÜRKISCHER JUGENDAUSTAUSCH – DAS INTERNATIONALE BILDUNGS- UND BEGEGNUNGSWERK E.V. (IBB)

Ein Viertel der neu gegründeten Städtepartnerschaften seit 2000 in NRW liegen laut Datenbank des RGRE in der Türkei. Die Motive dafür liegen analog zu Versmold und Castrop-Rauxel im Themenbereich Migration und Integration. Bei den Partnerschaften mit der Türkei sind landesspezifische Besonderheiten zu beachten. Bei der Suche nach Projektpartnern und Projektideen sind in der deutsch-türkischen Zusammenarbeit folgende Aspekte besonders zu berücksichtigen, von denen das IBB berichten kann:

- Die zentralstaatlichen Strukturen sowie der Dirigismus,
- die fehlende Subsidiarität und erschwerte Arbeitsbedingungen für NGO's,
- die personellen, finanziellen und inhaltlichen Besonderheiten.

Das IBB in Dortmund ist ein nach dem Weiterbildungsgesetz NRW anerkannter Träger der Weiterbildung innerhalb der Evangelischen Erwachsenenbildung NRW und anerkannter Träger der Jugendhilfe. Es kann zurückblicken auf reichhaltige Erfahrungen im internationalen Jugend- und Fachkräfteaustausch. Mit dem deutsch-türkischen Fachkräfte- und Jugendaustausch befasst sich der IBB seit mehr als zehn Jahren. Das IBB steht dabei beispielhaft für viele andere Träger der Weiterbildung in NRW.

Eine grundlegende Basis für Kooperationen stellt die Vereinbarung über jugendpolitische Zusammenarbeit vom 18. April 1994 zwischen dem Bundesministerium für Frauen und



Jugend und dem Generaldirektorat für Jugend und Sport beim Ministerpräsidenten der Republik Türkei dar. Es kann im Alltag wichtig sein, sich darauf zu berufen: https://www.ijab.de/fileadmin/user_upload/documents/PDFs/Vereinbarung_zur_jugendpolit_Zusammenarbeit_de-tr.pdf.

Hier einige wichtige Hinweise, die auf dem Weg von der Kontaktaufnahme bis zur Realisierung eines Projekts beachtet werden sollten:

Erster Schritt: Eine Vertrauensbasis schaffen, bevor konkrete Verhandlungen beginnen können.

Dabei ist die türkische Gesprächskultur zu berücksichtigen: Es braucht Zeit, eine gemeinsame Vertrauensbasis aufzubauen. Erst, wenn dies gelungen ist, sollte man über die Finanzierung und inhaltliche Fragen sprechen. In den Gesprächen und durch eigene Recherchen ist es wichtig, sich ein Bild vom möglichen Kooperationspartner zu machen: Wie sind die Organisationsstruktur und die internationale Ausrichtung und Erfahrung des Trägers einzuschätzen?

Zweiter Schritt: Welche Programme stehen für die Finanzierung des Vorhabens zur Verfügung? Wer ist für welchen Teil der Finanzierung verantwortlich?

Finanzierungsquellen sind – im Rahmen des staatlichen Zentralismus mit seinen Unwägbarkeiten – auch auf türkischer Seite vorhanden. Ebenso sind türkische Träger zugangsberechtigt zu bestimmten EU-Programmen wie beispielsweise Erasmus+.

Wichtig ist eine Klärung der Finanzierung, bevor die inhaltliche Planung beginnt:

HIER EINIGE LEITFRAGEN FÜR DEN FINANZIERUNGSCHECK

- Welche Erwartungen richten die türkischen Partner an ihre deutschen Partner?
- Können und wollen letztere diese Erwartungen erfüllen?
- Hierarchieebenen klären: Wer darf was im Planungsprozess entscheiden?
- Welche Finanzierungsprogramme kommen in Frage?
- Bei NGO's Rückendeckung durch Sponsoren, Stiftungen oder andere Finanziere erfragen!
- Welche Programmvorgaben und Zweckbestimmung sind mit der Finanzierungsquelle verbunden?
- Wer stellt welchen Antrag? Wer übernimmt welche Kosten?
Wie werden die Gelder verteilt?
- Welche Fristen und Vorlaufzeiten gelten in welchem Programm?

Das Netz der Eurodesk-Beratungsstellen (www.eurodesk.eu) ist in der Türkei dichter als anderswo – ggfls. Partner auf die passende Beratungsstelle hinweisen und bei unerfahrenen Partnern ein gemeinsames Beratungsgespräch mit Eurodesk führen. Auch das Büro Istanbul der Deutsch-Türkischen Jugendbrücke kann bei Bedarf hinzugezogen werden (www.jugendbruecke.de/).



Dritter Schritt: Inhaltliche Vereinbarungen treffen.

Für das Programm gilt derselbe Grundsatz wie für die Finanzierung: Inhaltliche Rahmenbedingungen, die sich aus der Finanzierung ergeben, und inhaltliche Erwartungen klar benennen und die Realisierungsmöglichkeiten checken. Zudem ist wie in jedem Projekt zu klären, an welche inhaltlichen Kompetenzen des Partners die Programmplanung anknüpfen kann. Auch bei der inhaltlichen Planung ist die staatliche Steuerung mit ihrem Einfluss auf Themen, Finanzierung, (Reise-)Genehmigung und Beteiligte ein Einflussfaktor. In diesem Zusammenhang ist besonderes politisches Fingerspitzengefühl bei heiklen Themen (z. B. Religion) angebracht. Um die Partner nicht zu gefährden, gilt es, die Bewusstseinslagen und Handlungsbedingungen der Partner einbeziehen.

Praxistipp: Achten Sie auf das ausgewogene Verhältnis von inhaltlicher Arbeit und thematischen Exkursionen auf der einen Seite und themenfremden Tourismus sowie dem protokollarischen Programm auf der anderen Seite. Ist dies geklärt, sind die Teilnehmenden gefunden und vorbereitet, ist die Reisegenehmigung der türkischen Partner für eine Begegnung in Deutschland erteilt, kann es losgehen. Dies ist vor allem beim ersten Mal kein einfacher Prozess, aber es lohnt sich:

BESONDERER BENEFIT DES DEUTSCH-TÜRKISCHEN JUGENDAUSTAUSCHS:

- Kulturelles Lernen über Grenzen hinweg.
- Jugendliche mit Migrationsgeschichte erfahren Aufwertung als Sprachmittler.
- Entwicklung einer demokratischen Diskussionskultur.
- Für die Austausche mit der Türkei sind für trinationale Begegnungen europäische Mittel zu akquirieren (z. B. Erasmus + o.a.).
- Die türkische Gesellschaft ist eine junge und wachsende Gesellschaft. Daher bietet der Jugendaustausch große Chancen, auch für die Entwicklung einer demokratischen und europafreundlichen Zivilgesellschaft.
- Der „lange Atem“ kann Benefit versprechen. Beispielsweise kann eine kontinuierliche Zusammenarbeit die Programmqualität deutlich erhöhen und zivilgesellschaftliche Strukturen vor Ort verstärken.
- Ein realistisches Bild der heutigen Türkei für die eigene Bevölkerung, sowohl für die mit türkischen Wurzeln, als auch für die ohne Verbindungen in die Türkei entwickeln.

4. GEMEINSAM MEHR



Innerhalb von Städtepartnerschaften ist ein Wandel erkennbar: Immer mehr Kommunen gehen dazu über, themen- und projektorientiert zu arbeiten. Kommunen engagieren sich international, weil sie in transnationalen Projektgemeinschaften gemeinsame Lösungsansätze für gemeinsame Herausforderungen suchen. Viele aktuelle Probleme der Kommunen sind Probleme, die sich in anderen europäischen Kommunen und darüber hinaus wiederfinden. Fragen des Klimawandels und damit einhergehend die Frage der Mobilität in der Kommune, die Themenbereiche Migration und Integration (→ Erweitern) bis hin zu der Frage, wie Kommunen den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft gerecht werden können. Ein prominentes Beispiel aus der Vergangenheit ist der Strukturwandel im Ruhrgebiet. Hier haben viele Städte aus dem Ruhrgebiet den Austausch zu englischen Städten gesucht, die diesen Wandel 15 Jahre vorher durchlebt haben und konnten so von den Erfahrungen der englischen Städte profitieren.

Wirft man einen Blick auf die internationalen Aktivitäten der Kommunen in NRW, so sind diese stark ausdifferenziert und die Netzwerk- und Projektarbeit insbesondere bei den Großstädten zu finden. Dabei liegt es für Großstädte nahe, sich in europäischen Netzwerken zu engagieren, auch wenn deren Möglichkeiten unterschiedlich stark genutzt werden. Hervorgehoben werden kann dabei die Arbeit des Netzwerks Eurocities, deren Arbeitsschwerpunkte auf zwei Säulen basieren: Neben der Arbeit zu verschiedenen Themenbereichen (z.B. moderne und bürgernahe Verwaltungsstrukturen/ Bürgerbeteiligung) hat sich das Netzwerk zu einem wertvollen Ansprechpartner für die Europäische Kommission entwickelt und versucht, über die Arbeit in den Themenbereichen Einfluss zu nehmen auf die Gesetzgebung in der EU mit Auswirkungen auf die kommunale Ebene. Bei kleineren Kommunen ist die Arbeit in europäischen Netzwerken nicht so naheliegend, wird aber zunehmend wichtiger. In NRW gibt es auch bei kleineren und mittleren Kommunen viele positive Beispiele von Kommunen, die engagiert in Netzwerken an konkreten Lösungen für die eigene Kommune arbeiten und damit das internationale Netzwerk stärken. Stellvertretend für die vielen Kommunen in NRW stehen die beiden Beispiele aus Rheine und Detmold. Während Rheine über ein gemeinsames Projekt die Zusammenarbeit mit den Städtepartnern vertieft, hat Detmold mit einzelnen Partnerstädten und deren Partnern Kooperationen in thematischen Netzwerken gesucht.

THEMATISCHE NETZWERKE UNTER STÄDTEPARTNERN: Das Beispiel KlimaPartnerschaften, „Städtepartner übernehmen Klimaverantwortung“ der Stadt Rheine und des Transferzentrums für angepasste Technologien

Gemeinsam streben die Städtepartner im Verbund eine Verminderung der Klimarelevanten Emissionen an, die mindestens die EU-Ziele 2020 erreichen und möglichst noch übertreffen soll. Das Projekt stand unter dem Motto: „Voneinander lernen – miteinander Lösungen suchen – gemeinsam neue Wege gehen“. Es lief von Juli 2012 bis Juni 2014 und wurde gefördert durch die EU über das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger 2007 – 2014, Aktion 1: Aktive Bürger/innen für Europa. 1.2 Netzwerke für Städtepartner (→ Finanzen).

Rheine hat knapp 75.000 Einwohner und liegt im Kreis Steinfurt im Münsterland. Rheine hat vier Städtepartnerschaften mit Borne (Niederlande), Bernburg (Sachsen-Anhalt), Leiria (Portugal) sowie Trakai (Litauen).

Den Anstoß für dieses Projekt gab der Wettbewerb „Aktion Klimaplus“, den das Umweltministerium NRW im Jahr 2008 für Kommunen des ländlich geprägten Raums ausgerufen hatte. Zu den fünf ausgezeichneten Klimakommunen zählte auch die Stadt Rheine mit ihrem Beitrag „Integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept“. Dabei handelt es sich um ein Konzept der Stadtentwicklung, in dem auch überlegt wird, wie Bürger für das Thema „Einsparen von CO₂“ sensibilisiert werden können. In das Wettbewerbskonzept hatte das „Transferzentrum für angepasste Technologien GmbH“ (TAT) die Projektidee „KlimaPartnerschaft“ eingebracht. Das TAT ist eine unabhängige gemeinnützige Projektgesellschaft der Stadt Rheine. Sie war Impulsgeberin für das Projekt, dessen Beantragung und Umsetzung sie mit ihrer Erfahrung in EU-Projekten koordinierte (www.tat-zentrum.de/allgemeines-zum-tat.html).

Mit ihrer Städtepartnerschaftsarbeit strebt die Stadt Rheine – über die traditionellen Städtepartnerschaftsaktivitäten hinaus – seit längerem eine projektorientierte Zusammenarbeit mit ihren Partnern an, die auch zivilgesellschaftliche Akteure einbezieht (z. B. die örtliche Caritas in Projekte für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung in der Partnerstadt Trakai (LT) unter dem Leitmotiv „Soziale Mitverantwortung in Europa“). Für ihr breit gefächertes europapolitisches Engagement wurde die Stadt Rheine mehrfach durch den Europarat gewürdigt: 2002 mit dem Europadiplom, 2006 mit der Europafahne und 2011 mit der Europaplakette. Mit ihrer Projektausrichtung gehörte die Stadt 2013 zu den ersten 25 Kommunen in NRW, die als „Europaaktive Kommune“ ausgezeichnet wurden.

Aktiv unterstützt wird das Konzept vom Städtepartnerschaftsverein, der mit seinem Leitmotiv, „Bewährtes pflegen und weiter zu entwickeln, gleichzeitig aber auch offen für neue Projekte zu sein“, mitbeteiligt war an der Einbeziehung der Bürger in das Projekt und zugleich bei den Veranstaltungen in Rheine die Ressource „Gastfreundschaft“ einbrachte (www.rheine.de/kunden/staedtepartnerschaftsverein/page.php?type=home&id=37&page=1).

Der Erfolg des Projekts zeigt sich auch in der Würdigung durch das IPZ, die es mit dem Europapreis als „Bestes Partnerschaftsprojekt 2015“ ausgezeichnet hat.

EUROPÄISCHE STÄDTENETZWERKE: DETMOLD UND HASSELT

Wie können regionale Stärken für unternehmerische Innovationen genutzt werden? Wie können Unternehmensgründungen und der Wirtschaftsstandort gefördert werden? Wie können lokale Beschäftigungsprojekte vor Ort entwickelt werden? Zusammen mit

Detmold (knapp 75.000 Einwohner) liegt in Ostwestfalen-Lippe und hat Partnerschaften mit: Hasselt (Niederlande), St. Omer (Frankreich), Savollinna (Finnland), Zeitz (Sachsen-Anhalt) und Oraiokastro (Griechenland). Zudem besteht eine Städtefreundschaft mit Verona (Italien)

neun europäischen Partnern führte man gemeinsam vier thematische Konferenzen durch. In den Workshops wurden Ideen für Projekte und Marketingstrategien entwickelt. Ziel war dabei, aus den örtlichen Begebenheiten Stärken zu entwickeln und die Potentiale regional verwurzelter Unternehmen zu erkennen. Zu diesem Zweck wurden erfolgreiche Beispiele aus den einzelnen Städten vorgestellt.

Direkt im Anschluss folgte das Projekt „On tour for Europe: bringing you step by step to active citizenship and job creation“ vom September 2015 bis November 2016 bestehend aus vier thematischen Konferenzen und einem gewachsenen Netzwerk aus elf Partnern. Gefördert wurden beide Projekte durch das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger 2014–2020 Förderbereich 2, Demokratisches Engagement und Bürgerbeteiligung, Aktion 2.2: Netze von Partnerstädten.

Antragsteller beider Projekte sind die beiden Städtepartner Hasselt als Leadpartner und Detmold als Projektbüro. Unter Einbeziehung ihrer Partnerstädte führt die Stadt Detmold seit 2003 Jugendbegegnungen durch und hat seit 2010 Schritt für Schritt Erfahrungen mit Netzwerkkonferenzen gesammelt.

Ergebnis sind die beiden dargestellten Netzwerkprojekte, die Detmold und seine Partnerstadt Hasselt gemeinsam entwickelt haben. Besonderes Kennzeichen ist die systematische Ausweitung der Projektpartner, etwa durch Kaunas, die litauische Partnerstadt des Kreises Lippe, durch Deal, die britische Partnerstadt der Partnerstadt St. Omer

und durch Partnergewinnung auf der Ebene des Städtenetzwerks EUROTOWNS. Dieses europäische Städtenetzwerk richtet sich an Städte und Gemeinden mit einer Bevölkerung zwischen 50.000 und 250.000 und umfasst derzeit 17 Städte und Gemeinden (www.eurotowns.org). Detmold und Hasselt sind dort Mitglieder, ebenso einzelne Projektpartner wie Schiedam (NL) und Reggio Emilia (Italien).

Im Unterschied zu formellen Ringpartnerschaften, wo alle beteiligten Partnerstädte untereinander Partnerschaftsabkommen treffen, sind diese Netzwerke unter Einbeziehung von Partnern der Partner („Cousinenstädte“) projektbezogen, zeitlich begrenzt und durch Kooperationsverträge geregelt.

SCHRITT FÜR SCHRITT ZUM EIGENEN NETZWERK

Anhand der langjährigen Netzwerkerfahrung beider Städte ist eine Schritt-für-Schritt Anleitung zur Etablierung eigener Netzwerkstrukturen möglich. In der ersten Grafik finden Sie eine Vier-Schritte Gliederung, die Ihnen helfen kann bei der Etablierung eines eigenen Netzwerks vor Ort. Auf der rechten Seite finden Sie dann in aller Kürze als praktische Hinweise die konkreten Schritte der Stadt Rheine bei ihrer Netzwerkarbeit. Bei der Projektdurchführung zeigen wir dann in der folgenden Grafik praktische Tipps anhand der Erfahrungen aus Detmold, welche Schritte bei der Etablierung der eigenen Netzwerkarbeit wichtig sind.

© fotolia / Zerbor



VIER SCHRITTE ZUM EIGENEN NETZWERK

Arbeitsphase	SCHRITT FÜR SCHRITT ZUM EIGENEN NETZWERK	SCHRITTE DER STADT RHEINE
Sondierungs- und Informationsphase	<ul style="list-style-type: none"> – Welche längerfristigen kommunalen Themen stehen auf der Agenda? – Themenfindung – Interesse in der Verwaltung(sspitze)? – Besuch von Info-Veranstaltung zu Finanzierungsmöglichkeiten (→ Finanzen) – Erfahrenen „Netzwerker“ an Bord holen? (vielleicht in der Zivilgesellschaft vor Ort, IHK?) – Partner identifizieren (Städtepartner, Partner der Städtepartner, oder vielleicht Städte, die besonders erfolgreich in dem gedachten Themenbereich arbeiten). 	<ul style="list-style-type: none"> – Sondierung der Interessen bei der Bürgermeisterin, in den betroffenen Teilen der Verwaltung und beim Partnerschaftsverein. – Erstellen einer ersten Projektskizze. – Teilnahme der designierten Projektleiterin an einer Informationsveranstaltung der Kontaktstelle EfBB. – Eruiierung der Interessen der Partnerstädte in bilateralen Kontakten durch das Partnerschaftsreferat.
Strukturen schaffen	<ul style="list-style-type: none"> – Einbeziehung der Partnerstädte (dortige thematische Schwerpunkte Gemeinsamkeiten) – Vor Ort, als auch im Netzwerk: Team bilden mit festen Verantwortlichkeiten – Methode wählen (Konferenz, wie, Methodenmix wichtig) – Rolle Zivilgesellschaft oder anderer Multiplikatoren klären (Partnerschaftsverein, Wirtschaft, etc.). 	<ul style="list-style-type: none"> – Rheine führte mit den Partnerstädten eine Online-Umfrage durch zur inhaltlichen Vertiefung der Projektskizze sowie zur Vorbereitung des Konzeptworkshops; Nutzen: <i>Die Interessenlagen sowie eine Stärke-Schwächen-Analyse der Partner werden sichtbar. Für eventuell notwendige Überzeugungsarbeit bei den Partnern erwies es sich als günstig, dass man an vorhandene Interessen und Stärken anknüpfen konnte, z. B. bei Trakai am Interesse „Verkehr und Tourismus“.</i> – Einbeziehung der Partnerstädte in die Konzepterstellung: – Fachtagung mit Konzeptworkshop – Tagung mit den beteiligten Kommunen „Städtepartnerschaften und Klimaschutz“ mit einem Kurzworkshop zum geplanten Projekt. Beteiligte: Bürgermeister, Fachpersonal der beteiligten Verwaltungen, Partnerschaftsvereine, Evangelische Kirchengemeinde als Vertreter der Zivilgesellschaft Ziele und Inhalte: <i>Verständigung über Ziele, Themen, Aktivitäten, Kosten und Finanzierung, Zeitplan und Verantwortlichkeiten.</i>
		<p>Am Ende stehen eine Übereinkunft über die Schrittfolge zur Erstellung des Projektantrags und ein „letter of intent“ (Absichtserklärung).</p>

Arbeitsphase	SCHRITT FÜR SCHRITT ZUM EIGENEN NETZWERK	SCHRITTE DER STADT RHEINE
Der Projektantrag	<p>Nun kann es losgehen. Achten Sie beim Thema auf die Ausschreibungen des Geldgebers, informieren Sie sich rechtzeitig (→ Finanzen). Ideal ist ein gemeinsamer Workshop mit den Partnern, um das gemeinsame Konzept zu erstellen.</p> <p>Tipp: <i>Weniger Partner, zum Beispiel zwei weitere, mit jeweils arbeitsfähigen Strukturen bieten sich für den Beginn an. Allerdings wird auch die Erfahrung zitiert: „Je mehr Partner, desto größer die Chancen auf Bewilligung.“ Dies sollte bei den Informationsveranstaltungen der nationalen Agenturen ausgelotet werden.</i></p>	<p>Projektförderung: Europa für Bürgerinnen und Bürger 2007 – 2014, Aktion 1: Aktive Bürger/innen für Europa. 1.2 Netzwerke für Städtepartner.</p> <p>Vorteilhaft für die Antragsstellung waren die intensiven Vorbereitungen inklusive der gemeinsame Workshop, wo feste Vereinbarungen getroffen wurden. Die Teilnahme an Veranstaltung bei der Kontaktstelle EfBB, parallel dazu erfolgte stetig die Weiterbearbeitung der Projektskizze. Federführung liegt in der Hand der Projektleitung.</p>
Projektdurchführung und Abschlussbericht	<p>Vgl. dazu vertiefend Detmold</p> <ul style="list-style-type: none"> – Achten Sie auf regelmäßige Dokumentationen. – Wichtig ist eine frühzeitige Verstetigung, wie werden die Ergebnisse des Projekts vor Ort umgesetzt. – Zum Projektmanagement siehe auch: „survival kit. Management multilateraler Projekte im Rahmen des Programms für lebenslanges Lernen“ (2008). www.european-project-management.eu/index.php?id=19 	<p>Auftaktworkshop und Projektmanagement</p> <p>Nach der Bewilligung Workshop der Steuerungsgruppe, bestehend aus den am Projekt beteiligten Hauptverantwortlichen und Vertretern der Partnerschaftskomitees, im TAT.</p> <ul style="list-style-type: none"> – Was war zu regeln: Planung der fünf Konferenzen: Zeiten, Orte, Themenschwerpunkte, einheitliche Programmstruktur für alle Konferenzen – Klärung: Was geschieht zwischen den Konferenzen? Wie können Abstimmungstermine mit Routineterminen im Rahmen der normalen Partnerschaftskontakte verbunden werden? – Projektmanagement: Aufgaben und Rollen im Projektteam, Kooperationsvereinbarung, Modalitäten der Abrechnung und Auszahlung, Öffentlichkeitsarbeit, Homepage etc. – Evaluation, Dokumentation

HINWEISE ZU DEN FÜNF KONFERENZEN IN RHEINE

Diese folgten einem einheitlichen Programmschema:

- Erster Tag: Anreise, Begrüßung, gesellige Zusammenkunft
- Zweiter Tag: Thematische Arbeit (Konferenz) mit Teilnehmenden aus der gastgebenden Stadt bzw.- Region und den Gästen
- Dritter Tag: Thematische Exkursionen mit den Teilnehmenden aus den Partnerstädten; Abschlussveranstaltung; Auswertung und Ausblick auf die nächste Konferenz in der Steuerungsgruppe
- Vierter Tag: Abreise der europäischen Gäste.

Rheine hat mit allen Verantwortlichen im Anschluss an das Projekt eine Vereinbarung unterschrieben mit festen Verabredungen, wie jede Kommune an dem Thema weiterarbeitet.

© fotolia / bluedesign





© Stadt Detmold

CHECKLISTE: Durchführung und Organisation des Projekts nach Bewilligung anhand der Netzwerkarbeit der Städte Detmold und Hasselt

WAS IST ZU REGELN? WIE WIRD ES GEREGELT	ERLÄUTERUNGEN, HINWEISE, VERWEISE
Verbindliche Regeln der Zusammenarbeit – „Letter of intent“	Der Letter of intent ist bereits Gegenstand des Projektantrags. Bei der Durchführung kann es erforderlich sein, darauf zurückzukommen, beispielsweise bei veränderten „Machtverhältnissen“ und Interessenlagen einzelner Partner.
Was muss in der Projektdurchführung beachtet werden?	Das rechtzeitige Einholen von Kostenvoranschlägen ist sehr wichtig.
Projektbudget: Controlling und Anforderungen an die Zusammenarbeit	Die Budgetvorgaben ergeben sich aus dem Projektantrag und gelten für alle Einzelposten (z. B. Fahrtkostenpauschalen), die nicht untereinander austauschbar sind. Die ausrichtende Stadt sollte damit rechnen, dass nicht alle Programmpunkte durch die Förderung gedeckt sind; hier muss die Kommune bereit sein, Eigenmittel zur Verfügung zu stellen.

WAS IST ZU REGELN?	WIE WIRD ES GEREGLT	ERLÄUTERUNGEN, HINWEISE, VERWEISE
Konferenzorganisa- tion: Vorbereitung, Gestaltung und Nachbereitung – Aufgaben des Projektsekretariats	<p>In Serie I ist das Projektsekretariat Detmold vorab in jede Konferenzstadt gefahren, um das Programm und die Organisation vorzubereiten.</p> <p>Merkposten</p> <ul style="list-style-type: none"> – Jeden Abend hat das Organisations- team zusammengesessen und den Tag ausgewertet, Ergebnisse und Verbesse- rungsvorschläge festgehalten – Tagungsdidaktik – Auswertung, Berichtswesen, Dokumentation 	<ul style="list-style-type: none"> – Für jede Konferenz eine verantwortliche Person vor Ort erforderlich. – Eine Checkliste erstellen, wer macht wann was. – Hotel in verkehrsgünstiger Anbindung zum Tagungsort. – Vermeiden: Überladenes Programm, etwa „Powerpoint im 20-Minuten-Takt“; stattdessen: Methodenvielfalt (Beispiel: World Café), nicht nur sitzen, sondern auch Bewegung einbauen (auch Arbeit an Stehtischen), Exkursionen – Tipp: <i>Hasselt ermöglicht Studierenden, ihre Bachelorarbeit über das Projekt zu schreiben und gewinnt auf diese Weise Ressourcen für die erforderliche Dokumentation.</i>
Praktische Tipps zur Teilnehmer- zusammensetzung	<ul style="list-style-type: none"> – Im Projektantrag festlegen: Fester Teilnehmerschlüssel pro Stadt/Partner – Verhältnis Fachpublikum – Zivilgesell- schaft definieren (professionelle oder ehrenamtliche Träger) – Tipp: <i>Einbeziehung von Auszubildenden der Stadtverwaltung zur Nachwuchsför- derung für europäische Zusammenarbeit</i> 	<ul style="list-style-type: none"> – Gewählt wurde das Verhältnis 2 (Fach- publikum) zu 1 (Zivilgesellschaft). Dabei gelten die vom fachlichen Thema nicht betroffenen ehrenamtlichen Akteure der Städtepartnerschaft ebenso als Zivilgesellschaft wie die hauptamtlich mit der Städtepartnerschaft befassten Personen. – Erforderlich sind gute Englischkennt- nisse in Wort und Schrift und die Bereitschaft, in der Kommunikation zu improvisieren. – Zur Detmolder Delegation gehört stets eine Verwaltungsauszubildende; dabei wird Wert darauf gelegt, dass auch motivierte Jugendliche, die über keinen höheren Bildungsabschluss verfügen, einbezogen werden. Mit fehlenden Englischkenntnissen wird kreativ umgegangen: Freiplatz in einem Kurs der VHS, Zeit als Eigenbeitrag (keine Arbeitszeit).



Astrid Illers

Was kann der ganze Aufwand bringen? Worin liegt der Benefit? »Wir haben neue Beziehungen geknüpft und damit neue Netzwerke geschaffen sowie bestehende Netzwerke verstärkt. Wir haben regionale Strukturprobleme kennengelernt und dabei die Unterschiedlichkeit herausgearbeitet und die kollektive Intelligenz für Lösungsansätze genutzt – Man ist als Kommune nicht allein mit Problemen zur kommunalen Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.«

Astrid Illers, Stadt Detmold

TRANSFER: WAS SOLLTEN INTERESSIERTE KOMMUNEN UND KREISE BEACHTEN?

Das Beispiel Detmold zeigt: Es lohnt sich, zunächst kleinere Schritte zu versuchen, etwa eine Konferenz mit Städtepartnern oder zivilgesellschaftlichen Organisationen aus Partnerstädten zu einem Thema, wie es Detmold 2006 („Werte im Wandel“) und 2012 („Arbeitnehmerrechte in der EU“) unternommen hat. Diese kleineren Schritte müssten in die derzeit gültige Antragslogik eingepasst werden.

Weitere Punkte, die es zu berücksichtigen gilt:

- Zentral ist, dass die Verwaltungsleitung das strategische Ziel, das die Kommune mit ihrer Europaarbeit und mit dem konkreten Projekt verfolgt, kommuniziert.
- Projekte bedürfen der Teamarbeit. Wo es kein Team Städtepartnerschaft wie in Detmold gibt, sollten Einzelkämpfer Unterstützung durch andere Verwaltungsteile erhalten.
- Auch können zivilgesellschaftliche Kooperationspartner einbezogen werden. Eine Vernetzung der Städtepartnerschaftsaktivitäten und –vereine mit weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren vor Ort wird immer wichtiger, um interessante und anspruchsvolle Projekte durchzuführen (→ Zivilgesellschaft).

5. GRENZÜBERSCHREITUNG



Die grenznahen Regionen sind die Nahtstellen der Europäischen Union. Durch die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg, verlieren nationale Grenzen in Europa mehr und mehr an Bedeutung. Um diesen Prozess zu unterstützen, hat die EU aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) Interreg ins Leben gerufen. Mit Interreg werden gemeinsame Projekte entlang der europäischen Grenzen finanziert. Dabei kann die Zielsetzung des Programms zwei Schwerpunkten zugeordnet werden:

GEMEINSAM EINE STÄDTEPARTNERSCHAFT

Die Gemeinde Kranenburg hat gemeinsam mit den beiden niederländischen Nachbargemeinden Ubbergen und Groesbeek eine gemeinsame Städtepartnerschaft mit Körmend in Ungarn. Organisiert wird diese durch zwei Partnerschaftsvereine, einem niederländischen und einem deutschen Verein. Von der Struktur her sind es aber identische Vereine, sie haben dieselbe Satzung sowie denselben Vorstand – aus rechtlichen Gründen wurden jedoch „zwei Vereine“ gegründet.

— Erhöhung der Innovationskraft in der Grenzregion

— Beseitigung der Hemmnisse, die die Grenze verursacht.

Dabei geht es um ganz praktische Projekte, die das Leben für „Grenzpendler“ erleichtern sollen. Wie ist zum Beispiel ein deutscher Rettungswagen versichert, wenn er Verletzte in den Niederlanden versorgt, wie ist das Verfahren bei einem doppelten Wohnsitz in Deutschland und den Niederlanden. Dies sind Herausforderungen, die das Leben in der Grenzregion manchmal etwas komplexer machen. Aus diesem Grunde fördert die EU durch Interreg die verstärkte Zusammenarbeit in der Grenzregion, wodurch sich enorme Verbesserungen für die Bürger ergeben haben. Für viele europaengagierte Bürger ist die geografische und politische Grenzlage ihrer Heimatregion auch das Haupt- bzw. Ausgangsmotiv ihres Europaengagements.

Die Arbeit in der Grenzregion wird beginnend seit den 1970er Jahren in Nordrhein-Westfalen durch die vier Euregios organisiert:

- Die Euregio (Gronau) (www.euregio.eu/de),
- Euregio Rhein-Waal (www.euregio.org),
- Euregio Maas-Rhein Nord
(www.euregio-rmn.de)
- Euregio Maas-Rhein (www.euregio-mr.com)



© Geldern

Die Organisation der Euregios folgt einem einfachen demokratischen Grundmuster. Im Wesentlichen besteht jede Euregio aus einem Rat, gebildet aus den Kreis- und Gemeindevertretern der angehörigen Kommunen, einem Vorstand, der vom Rat gewählt wird sowie aus thematisch gegliederten Ausschüssen und Arbeitskreisen, die den Entscheidungsträgern zurarbeiten sollen.

Durch die vertiefte Zusammenarbeit haben sich in der Grenzregion starke Netzwerke – zwischen nordrhein-westfälischen, belgischen oder niederländischen Kommunen entwickelt, die auch fern ab von der Euregio intensiv – oft auch in europäischen Netzwerken zusammenarbeiten; als Leuchtturm gilt in diesem Bereich die Stadt Aachen bzw. insgesamt die Städteregion Aachen. Zudem gibt es auch eine enge Kooperation zwischen NRW und dem BENELUX-Raum insgesamt.

Aber auch kleine Kommunen arbeiten sehr intensiv grenzüberschreitend zusammen. Gerade im grenzüberschreitenden Raum ist die Hinwendung zu Projekt- oder Themenpartnerschaften zu beobachten. Von diesen reichhaltigen Erfahrungen können ebenso Kommunen profitieren, die nicht Teil einer Euregio sind. Einen guten Überblick über die Projekte in der Euregio finden Sie hier: <https://www.deutschland-nederland.eu/projekt-datenbank/>

NETZWERKE IN DER EUREGIO: DAS BEISPIEL GELDERN

Verantwortlich für den Leadpartner Stadt Geldern: Gerd Lange, Amtsleiter für Stadtmarketing und dem Kulturbüro der Stadt Geldern

Partner: Leadpartner Geldern, Straelen, Nettetal sowie die Regio Venlo.

Finanzierung: Zur Floriade 2012 in Venlo hat die Euregio Projekte ausgeschrieben, die das Zusammenwachsen der Region fördern und den Tourismus in der Region zu stärken sollten. (Floriadissimo aus dem Programm INTERREG IVA).

Sowohl bei der Antragsstellung als auch bei der Projektumsetzung konnte Geldern als Lead-Partner bei jedem Schritt auf die Unterstützung der Geschäftsstelle der Euregio Rhein-Maas-Nord bauen.

Die Stadt Geldern liegt im unteren Niederrheingebiet direkt an der Grenze zu den Niederlanden im Kreis Kleve und hat 33.000 Einwohner. Geldern hat zwei Städtepartnerschaften, mit Bree in Belgien sowie Fürstenberg in Brandenburg. Darüber hinaus bestehen sehr intensive Beziehungen zu den beiden deutschen Nachbargemeinden Straelen und Nettetal sowie Arcen in den Niederlanden – mittlerweile eingemeindet in die Stadt Venlo. Der Schwerpunkt der Zusammenarbeit dieser vier Städte liegt schon seit den 1970er Jahren im Bereich Tourismus. Erfolgsfaktor dafür war die Einsicht, dass sie allein zu klein sind, um Touristen mehrere Tage etwas zu bieten. Daher entstand die Idee, sich gemeinsam als Tourismus-Region zu vermarkten. Seit Beginn war ein Schwerpunkt die Zusammenarbeit im Fahrradtourismus. So gibt es jährlich die Fahrradstrecke des Jahres oder andere Highlights, die man auf der Strecke finden kann (Erfahre dir dein Essen, erste Station Vorspeise, zweite Station Hauptgericht usw.).

DAS EUREGIONALE E-BIKE-NETZWERK – EIN PROJEKT ANLÄSSLICH DER FLORIADEN IN VENLO

Anlässlich der Floriade 2012 in Venlo – einer internationalen Gartenschau, die alle zehn Jahre in den Niederlanden stattfindet – hatte die Euregio Rhein-Maas-Nord Projekte ausgeschrieben, die das Zusammenwachsen der Region fördern sollten. Interessierte Kommunen sollten sich zusammenschließen und Projekte einreichen. Einen Schwerpunkt bildete der Tourismus – die Vielzahl der Touristen, die zur Floriade kommen, sollten Gründe haben, um wieder zu kommen. Daher entschlossen sich die Kommunen Geldern, Straelen und Nettetal mit der Regio Venlo, ein euresregionales E-Bike-Netzwerk zu entwickeln. Angesichts des stark ansteigenden Verkaufs von E-Bikes in Deutschland und den Niederlanden war es das Ziel, flächendeckend kostenlose Aufladestationen in der Region an Fahrradgeschäften, Eisdielen oder Cafes anzubringen, damit die Touristen die Möglichkeit haben, weitere Entfernungen zurückzulegen und jederzeit den Akku wieder aufzuladen. Unterstützt werden sollte dies mit Karten von möglichen Fahrradrouten, auf denen dann die Aufladestationen vermerkt werden.

Die Stadt Geldern hat das Projekt als Lead-Partner angeschoben. Geldern konnte dabei auf zahlreiche Projekterfahrungen in diesem Feld zurückgreifen, so unter anderem in den Themenbereichen E-City, Energie ohne Grenzen oder aber den eigenen E-Bike-Ladestationen, die in dieser Stadt schon erfolgreich installiert worden sind und die gemeinsam mit den örtlichen Stadtwerken und dem Werbering, einem Zusammenschluss der Einzelhändler in Geldern, Ladestationen für E-Bikes gestaltet wurden. Geschäfte, Hotels oder aber Cafes haben sich bereit erklärt, diese Ladestationen bei sich anzubringen und den Strom kostenlos bereitzustellen. Im Gegenzug werden sie in den vielen Broschüren erwähnt. Zudem passte es zu dem Schwerpunkt Fahrradtourismus in den vier Regionen. Die Ladestationen sollten miteinander vernetzt werden und online einsehbar sein, so dass Touristen diese auf ihren Smartphones finden und ihre Tour planen können.

Mittlerweile gibt es in der Region eine flächendeckende Abdeckung von Ladestationen für E-Bikes, die einsehbar sind in Google-Maps. Eine unmittelbare Folge des Projekts sind unter anderem die regelmäßigen Netzwerktreffen der Hoteliers, Fahrradhändler oder Ladenbesitzer, die eine Ladestation anbieten. Dies fördert den Austausch innerhalb der Geschäftstreibenden auch im Anschluss an das Projekt und bringt viele weitere Ideen für die Zukunft mit. Somit wird das weitere Zusammenwachsen der Region gefördert und viele Akteure aus dem Geschäftsbereich sowie der Zivilgesellschaft

Ladestation in Geldern



miteinander vernetzt. Doch auch hier gilt, dass es Personen sind, die Chancen erkennen und Instrumente wie Vernetzungstreffen initiieren. Gleichzeitig hat man mit dem Projekt angeknüpft an bestehende Netzwerke im Bereich Tourismus sowie unter anderem der „Region ohne Grenzen“ im Niederrhein, für den Bereich Noord-Limburg in den Plattformen Bett&Bike sowie Fietsers Welcome integriert. Aber auch europaweit hat man das Projekt bekannt gemacht über die Plattform European Cyclists' Federation.

WAS KÖNNEN ANDERE KOMMUNEN VON DEN ERFAHRUNGEN AUS GELDERN LERNEN?

Obgleich das Netzwerk in der Euregio liegt, zeigt es, welche Erfolgsfaktoren, aber auch Fallstricke bei einem Netzwerk lauern. Diese Erfolgsfaktoren und Fallstricke gelten ebenso für alle anderen Netzwerke auch außerhalb der Euregio:

- Das Netzwerk besteht aus gleichberechtigten Partnern. Die Städte sind jeweils gleich groß; auch nach der Eingemeindung der Gemeinde Arcen nach Venlo funktioniert die Arbeit einwandfrei. Entscheidend dafür ist auch, dass sich die handelnden Personen kennen und schätzen gelernt haben.
- Sehr stark unterstützt wurde das Projekt von der Euregio Rhein-Maas-Nord. Die Euregio hat bei der Antragstellung geholfen sowie bei den regelmäßig anfallenden Zwischenberichten.
- Über die langen Jahre hat sich ein Vertrauensverhältnis zwischen den Partnern entwickelt. So hat beispielsweise die Feuerwehr in Geldern in den 1980er Jahren bei einer Überschwemmung in Arcen schnell und ohne große Bürokratie geholfen. Solche Aktivitäten zeigen den Partnern, dass man sich aufeinander verlassen kann.
- Das Netzwerk überfordert die Städte nicht. Es sind insgesamt vier Städte, so dass es übersichtlich und handhabbar ist.
- Die Strategie der einzelnen Städte – die Entwicklung als Tourismusregion – passt zusammen. Alle verfolgen dasselbe Ziel und wissen, dass sie zusammen im Wettbewerb um Touristen größere Chancen haben.
- Auch über längere Zeit erfolgreich arbeitende Netzwerke brauchen immer wieder Impulse von Einzelnen, die gute Ideen haben und das Netzwerk so voranbringen.
- Wichtig ist gerade bei der Netzwerkarbeit von Kommunen eine stetige Pressearbeit. Für viele in der Bevölkerung, aber auch für die Medien sind Städte-Netzwerke weitgehend unbekannt. Dem sollte man durch eine gezielte Pressearbeit begegnen, die auch erklärenden Charakter haben sollte.



6. KRISEN BEWÄLTIGEN

Auch in Städtepartnerschaften kann es zu Konflikten oder Missverständnissen kommen. Ob auf Grund der aktuellen politischen Großwetterlage wie aktuell dem Brexit, also dem mit Hilfe eines Referendums entschiedenen Austritt Großbritanniens aus der EU oder aktuell den schwierigen Beziehungen Deutschlands zur Türkei oder aber auf Grund von fehlendem Interesse in der Partnerstadt oder der eigenen Stadt auf Grund eines Generationswechsels o. a. Wie reagiert man auf Krisen in Partnerschaften? Erfahrene Praktiker berichten immer wieder von Konjunkturzyklen in Städtepartnerschaften – mal sind sie erfolgreicher und aktiver, mal weniger. Für die Krisenbewältigung in Partnerschaften gilt dasselbe wie in allen Krisen: Es gibt kein Allgemeinrezept.

Unsere Untersuchung aus dem Jahr 2010 zeigt, dass die Beendigung von Städtepartnerschaften als Mittel in Nordrhein-Westfalen selten angewandt wird. In dieser Untersuchung haben von 281 Städten, Gemeinden oder Kreisen aus NRW nur sieben jemals eine Städtepartnerschaft beendet. Und das, obwohl in der eigenen Einschätzung von ihren 587 Städtepartnerschaften 3,1% keine Aktivität mehr und knapp 12% kaum Aktivität hatten. Auch plante keine der befragten Kommunen die Beendigung einer bestehenden Städtepartnerschaft. Nur für 2,8 % der Kommunen kommt dies überhaupt in Betracht bzw. sie gaben an, diesbezüglich unsicher zu sein.

Je stärker die Partnerschaft in der Zivilgesellschaft der Kommune verwurzelt ist, desto krisenresistenter ist diese auch bei schwierigen außenpolitischen Großwetterlagen. Nicht selten besteht der Partnerschaftsverein fast nur aus Mitgliedern, die die Partnerschaft auch initiiert haben und es nicht geschafft bzw. gewollt haben, den Verein auf „breitere Füße“ zu stellen. Daher empfiehlt es sich, dass für jede Städtepartnerschaft in regelmäßigen Abständen, z. B. alle fünf Jahre, eine Stärken-und-Schwächen-Analyse

50 Jahre Städtepartnerschaft Delft – Castrop-Rauxel (1950-2000)

„Der offizielle Auftrag der Städtepartnerschaft, Europa zusammen zu führen, ist erfüllt“, so lautete im Jahre 2000 die Aussage des Bürgermeisters der Stadt Delft. Dieser Brief an den Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel war der offizielle Schlussstrich einer 50-jährigen Partnerschaft zwischen Castrop-Rauxel und Delft. Den pragmatischeren Zugang der Niederländer zur Beendigung von Städtepartnerschaften hat somit Castrop-Rauxel am eigenen Leib erfahren. Von den Austauschen im Sport über die Kultur bis hin zum Verwaltungsaustausch zwischen beiden Städten zum Thema Kommunalverwaltung und die Gleichstellung von Mann und Frau reichte das Spektrum der Aktivitäten der Städtepartnerschaft. Aber die Gründergeneration der Partnerschaft auf beiden Seiten war aus Altersgründen ausgeschieden und es fehlte der Nachwuchs. Über die Jahre verebbten die Kontakte in den 1990er Jahren zusehends. Castrop-Rauxel hätte die Partnerschaft vielleicht trotzdem bis heute weiter geführt, aber die Niederländer sahen damals mit dem Schengen-Abkommen die Ziele der Partnerschaft als erfüllt an und setzen in Zukunft auf stärker private Kontakte. Bis heute gibt es auch einen regen Austausch, nur offiziell hat Castrop-Rauxel seitdem eine Städtepartnerschaft weniger.



© fotolia / Viesinsh

durchzuführen (Arbeitsschritte wie bei der → Gründung, vgl. ebd.). Bei Partnerschaften, die seit Jahrzehnten von Inaktivität geprägt sind, sollte während dieses Prozesses auch über eine Beendigung nachgedacht werden. Zentral dabei ist, dass die Beendigung einer Städtepartnerschaft eingebettet ist in einen „Wiederbelebungsversuch“. Nur bei dessen Scheitern sollte die Städtepartnerschaft konsequenterweise beendet werden. Dies sollte auch bei Beginn dieses Versuchs öffentlich kommuniziert werden. Dieser Prozess muss selbstverständlich in Absprache mit den Akteuren der Partnerkommune geplant werden. Analog zur Neugründung von Städtepartnerschaften sollten neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit diskutiert werden. Hier bietet sich beispielsweise ein runder Tisch an, der die Multiplikatoren der Kommune zusammenführt und an dem über mögliche neue Aktivitäten beraten wird (→ Zivilgesellschaft). Ähnliches sollte in der Partnerkommune geschehen und zu einem Austausch zwischen Akteuren der eigenen sowie der Partnerkommune führen. Sollte das Ergebnis negativ bleiben oder eine gemeinsame Bestandsaufnahme mit der Partnerkommune nicht möglich sein, ist die Beendigung die naheliegende Konsequenz. Denkbar wäre dabei, dass gemeinsam ein Auflösungsvertrag unterzeichnet wird, der die weiter anhaltende Freundschaft beider Kommunen unterstreicht. Bei inaktiven deutsch-deutschen Städtepartnerschaften könnte die gemeinsame erfolgreiche Erfüllung der Städtepartnerschaft, wie zum Beispiel die innere Einheit, im Vordergrund stehen.



© fotolia / nito

HINWEISE AUS DER PRAXIS:

Das Referendum in Großbritannien zum Brexit, Bürgermeister des Front National an der Spitze von Städten und Gemeinden in Frankreich, die politischen Spannungen mit der Türkei sind politische Entwicklungen, die viele Kommunalvertreter aktuell beschäftigen. Wie geht man um mit einer Städtepartnerschaft in Frankreich, die nun von einem Bürgermeister der Front National regiert wird, wie mit türkischen Partnerschaften angesichts der Armenien-Resolution des Deutschen Bundestags? Beendet man Städtepartnerschaften, die lange von Inaktivität gekennzeichnet sind? Diese und weitere Fragen haben wir diskutiert mit Roland Schäfer, Bürgermeister der Stadt Bergkamen, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sowie 1. Vizepräsident des Städte- und Gemeindebunds NRW. Bergkamen (51.000 Einwohner) hat vier Städtepartnerschaften mit einer französischen, einer polnischen, einer türkischen sowie einer ostdeutschen Stadt.

INTERVIEW

VON KAI PFUNDHELLER MIT ROLAND SCHÄFER, BÜRGERMEISTER DER STADT BERGKAMEN UND PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN STÄDTE- UND GEMEINDEBUNDES



Roland Schäfer
Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, sowie Bürgermeister von Bergkamen

Herr Schäfer, beim 50-jährigen Stadtjubiläum von Bergkamen waren Vertreter aus allen vier Partnerstädten zu den Feierlichkeiten eingeladen. Drei sind gekommen, nur die türkischen Vertreter nicht, aus Protest gegen die Armenien-Resolution des Deutschen Bundestags. Steht die Partnerschaft mit der türkischen Stadt Silifke vor dem Aus? **Keineswegs.** Es war zwar sehr bedauerlich, dass unsere türkischen Partnerschaftsfreunde aus Silifke bei unserem Stadtjubiläum nicht dabei waren. Eine tiefer gehende Störung der Partnerschaftsbeziehungen leite ich daraus aber nicht ab. Auch von türkischer Seite ist sofort betont worden, dass die zahlreichen bestehenden Kontakte zwischen unseren beiden Städten auf jeden Fall fortgesetzt werden sollen. Auch die gerade neu beschlossene Schulpartnerschaft zwischen der Bergkamener Willy-

Brandt-Gesamtschule und einer weiterführenden Schule in Silifke sehe ich nicht als gefährdet an.

Sie engagieren sich seit Jahren sehr stark im deutsch-französischen Austausch. Sie sprechen selbst Französisch und haben auch persönlich intensive Kontakte nach Frankreich. Was raten Sie Bürgermeistern oder aber Vertretern von Partnerschaftsvereinen, wenn in der französischen Partnerstadt ein Vertreter der rechtsnationalistischen Partei Front National zum Bürgermeister gewählt wird? **Das wäre auf den ersten Blick sicher eine eher unschöne Situation. Andererseits muss man sich klar machen, dass wir uns als deutsche Kommune weder in die kommunalpolitische Willensbildung unserer Partnerstadt noch in die nationale Innenpolitik des jeweiligen Landes einmischen dürfen. Die parteipolitische Zugehörigkeit von Bürgermeister und Ratsmehrheit ist auch für den Erfolg einer Städtepartnerschaft zweitrangig. Wichtiger ist, ob die Verantwortlichen der Partnerstadt die Kontakte und den Austausch zwischen den verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen fördern oder behindern.**

Großbritannien hat sich entschieden, aus der EU auszutreten. Gleichzeitig gibt es intensive Kontakte auf der kommunalen Ebene mit Großbritannien. Mit britischen Kommunen hat NRW die zweitmeisten Partnerschaften. Was ist ihr Ratschlag für die vielen deutsch-britischen Städtepartnerschaften? **Die allermeisten Städtepartnerschaften mit Großbritannien stammen aus einer Zeit, in der Großbritannien noch nicht Mitglied der Europäischen Union war. Und sie werden auch weiterbestehen, falls es**

zu einem Austritt kommen sollte. Das Eine hat aus meiner Sicht mit dem Anderen nichts zu tun. Städtepartnerschaften vermitteln Kontakte zwischen den Menschen. Sie ermöglichen einen Einblick in die Kultur sowie das gesellschaftliche und alltägliche Leben der Bürgerinnen und Bürger der Partnerstadt. Gerade im Fall von Großbritannien kommt noch die besondere Bedeutung des Einübens und Praktizierens der englischen Sprache als zentrale Weltsprache hinzu. Das bleibt wichtig, insbesondere für Kinder und Jugendliche, gleichgültig ob das Land EU-Mitglied ist oder nicht.

Ganz generell gefragt, was raten Sie den kommunalen Vertretern aus der eigenen Erfahrung, wie geht man mit Krisen in Städtepartnerschaften um? Generell gilt, einerseits einen längeren Atem zu haben und gelegentliche Störungen und Irritationen in der Beziehung in gewissem Sinne „auszusitzen“. Andererseits ist es von großer Bedeutung, die Partnerschaftsarbeit nicht zu sehr auf die offizielle Ebene der Partnerschaftskommune zu verengen, sondern vielmehr zu versuchen, direkte Kontakte zwischen vergleichbaren Vereinen und Institutionen zu initiieren, also zwischen Schulen, Sportvereinen, Musikensembles und anderen Interessengruppen. Das Ziel sind regelmäßige Kontakte, die auch ohne Einschaltung der jeweiligen Stadtspitze funktionieren. Auf diese Weise kommt mehr Stabilität in die Partnerschaftsbeziehung und man wird weniger abhängig von politischen und persönlichen Veränderungen auf der Führungsebene der Partnerkommune.

Und zu guter Letzt erlauben Sie eine kritische Frage: Das Beenden von Partnerschaften scheuen kommunale Vertreter wie der sprichwörtliche Teufel das Weihwasser. Auch Partnerschaften, die trotz intensiver „Wiederbelebungsversuche“ kein Leben mehr entwickeln, bleiben weiterhin auf dem Papier bestehen. Die niederländischen Kommunen haben hier einen viel pragmatischeren Zugang: Inaktive Städtepartnerschaften werden in Frieden beendet. Was denken Sie? Funktioniert eine Städtepartnerschaft trotz zahlreicher Versuche überhaupt nicht, kann man sicherlich über eine förmliche Beendigung nachdenken. Empfehlen würde ich ein solches Vorgehen aber nur dann, wenn das Scheitern der Kontaktversuche auf strukturellen Faktoren beruht, also etwa auf einem zu gravierenden Größenunterschied oder einer völlig anderen Sozialstruktur der Kommune, so dass sich für einen Austausch einfach zu wenig Berührungspunkte und gemeinsame Interessen ergeben. Beruhen die Schwierigkeiten dagegen mehr auf vorübergehenden Faktoren, wie etwa einer klammen Haushaltssituation oder – was wahrscheinlich der häufigste Fall sein wird – dem mangelnden Interesse der Führungsspitze der Partnerstadt, sollte man eher Geduld walten lassen. Eine nicht gelebte Städtepartnerschaft kostet kein Geld. Und wenn nach einem gewissen Zeitraum – egal ob zehn oder zwanzig Jahre – sich die finanzielle oder personelle Situation in der Partnerkommune verändert hat, kann ja ein neuer Vorstoß unternommen werden.

Vielen Dank für das Gespräch.

DIE AUSLANDSGESELLSCHAFT DEUTSCHLAND UND DAS EUROPAZENTRUM NRW

Die Auslandsgesellschaft Deutschland e.V. (AgD) mit Sitz in Dortmund wurde 2005 gegründet. Sie setzt sich satzungsgemäß für die Förderung der Völkerverständigung im Geiste von Humanität und Toleranz ein. Überregionale Vernetzungstreffen, Vortragsveranstaltungen mit herausragenden Persönlichkeiten aus Politik und Diplomatie, Hauptstadtreisen mit politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Inhalten sowie die Netzwerkpflge zu den Einrichtungen des Bundes gehören zu den zentralen Aufgaben der AgD als Dachverband.

Einen weiteren Schwerpunkt der Arbeit bildet die Auseinandersetzung mit Entwicklungen der Europäischen Bürger- und Zivilgesellschaft und hier insbesondere der Städtepartnerschaftsbewegung. So war die AgD federführend an der Gründung des Europazentrums NRW im Mai 2012 beteiligt. Beim Europazentrum NRW handelt es sich um eine Arbeitsgemeinschaft, in der die Stadt Dortmund, die Europa-Union NRW, die AgD und die Auslandsgesellschaft NRW mit ihrer gemeinsamen Tochter Intercultural Academy ihre europabezogenen Kompetenzen bündeln. So führte das Europazentrum unter anderem im Dezember 2015 in Kooperation mit dem Europaminister NRW den „Tag der Städtepartnerschaften“ durch und hat seit 2008 mehrere Projekte im Themenfeld Städtepartnerschaften und der internationalen Vernetzung der Kommunen durchgeführt. Und nun auch zusammen mit dem Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei Franz-Josef Lersch-Mense diese Broschüre herausgegeben. Und das Europazentrum bleibt auch in der Zukunft an dem Thema.

„Die Einheit Europas kann nur verteidigt werden, wenn die Europäische Idee durch die Bürgerinnen und Bürger getragen wird. Hierzu will das Europazentrum NRW in Dortmund zusammen mit den Kommunen in NRW seinen Beitrag leisten.“



Wolfram Kuschke

Vizepräsident der Auslandsgesellschaft Deutschland
Staatsminister a. D., Ehrenvorsitzender der Europa Union
NRW und Mitbegründer des Europazentrums NRW

Marc Frese

Präsident der Auslandsgesellschaft Deutschland

UNSER DANK GILT AN DIESER STELLE ALLEN, DIE MIT VIEL EINSATZ BEI DER ERSTELLUNG DIESER BROSCHÜRE GEHOLFEN HABEN.

Wir bedanken uns insgesamt bei den folgenden Städten und Gemeinden, ohne deren europäisches Engagement und darüber hinaus auch das Berichten und gemeinsame Aufarbeiten diese Broschüre nicht diese Praxistauglichkeit hätte: *Castrop-Rauxel, Detmold, Dortmund, Geldern, Hasselt, Mülheim an der Ruhr, Rheine, Versmold und Wassenberg.*

Gleichzeitig möchten wir uns bedanken beim *Internationalen Bildungs- und Begegnungswerk (IBB)* Dortmund, sowie dem *Westfalen-Kolleg Paderborn* sowie dem *Transferzentrum für angepasste Technologie GmbH Rheine* für ihr Engagement und ebenfalls für die Unterstützung bei der Aufarbeitung der Beispiele aus der Praxis.

Zudem möchten wir uns bedanken bei *Roland Schäfer*, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sowie Bürgermeister der Stadt Bergkamen und *Christine Wingert*, Leiterin der Kontaktstelle Deutschland „Europa für Bürgerinnen und Bürger“, die uns als Experten für Interviews zur Verfügung gestanden haben. Und natürlich bei *Tilman Graf*, Referent für Jugendpolitik vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes NRW, für die Aufarbeitung des Kinder- und Jugendplans im Themenfeld internationaler Austausche.

Wollten Sie zum Beispiel schon immer wissen, welche unterschiedlichen Möglichkeiten der Finanzierung von Städtepartnerschaften möglich sind? Oder welche Möglichkeiten es gibt, Jugendliche und junge Erwachsene für die Partnerschaftsarbeit zu begeistern, dann ist diese Broschüre genau das Richtige für Sie.

